



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998

Sibylle Hardmeier, Daniel Scheiwiller

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Volksinitiative «zum Schutz von Leben und Umwelt vor Genmanipulation» (Gen-Schutz-Initiative)	33.3%	66.7%
Bundesbeschluss über Massnahmen zum Haushaltsausgleich (Haushaltsziel 2001)	70.7%	29.3%
Volksinitiative «S.o.S. – Schweiz ohne Schnüffelpolizei» (S.o.S.-Initiative)	24.9%	75.1%
Stimmbeteiligung	41.3%	



GfS – Forschungsinstitut
Büro Bern, Politikwissenschaft, Hirschengraben 5,
Postfach 6323, 3001 Bern, Telefon 031 311 08 06,
Telefax 031 311 08 19, e-mail: gfs@gfs-be.ch

**Universität
Zürich**

Universität Zürich/Institut für Politikwissenschaft
Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik
Karl Schmid-Strasse 4, 8006 Zürich
Telefon 01 634 38 41, Telefax 01 634 49 25

Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen und Wahlen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das GfS-Forschungsinstitut (Zürich/Bern) verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Institut für Politikwissenschaft, Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik, Universität Zürich.

GfS-Forschungsinstitut

Projektleitung: Claude Longchamp
Sekretariat: Silvia-Maria Ratelband-Pally

Feldchef, Telefonbefragung: Georges Ulrich
CATI-Support: Gabor Csillo
EDV-Auswertung: Urs Bieri

Institut für Politikwissenschaft Universität Zürich (IPZ)

Gesamtverantwortung: Prof. Dr. Ulrich Klöti

Analyse/Auswertung: Dr. Sibylle Hardmeier
lic. phil Daniel Scheiwiller

Satz und Druck

Satzart AG, Bern
Druckerei Heinz Arm, Bern

Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 75.– (Ausland: Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 25.– (Ausland: Fr. 30.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 1995) können für Fr. 600.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: GfS-Forschungsinstitut, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

Zitierweise und Copyright

Vorliegende Nummer: Hardmeier, Sibylle/Scheiwiller, Daniel (1998). Analyse der eidg. Abstimmung vom 7. Juni 1998, VOX Nr. 63, GfS und IPZ, Zürich, 1997. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, Zürich 1977 ff.

22. Jahrgang, © by GfS und DSP
Auflage: 1250 Exemplare

Inhaltsverzeichnis

1. Die Volksinitiative «zum Schutz von Leben und Umwelt vor Genmanipulation» (Gen-Schutz-Initiative)	
1.1 Die Ausgangslage	5
1.2 Das Abstimmungsprofil: Polarisierung, Zersplitterung und Geschlossenheit	6
1.3 Motive und Wahrnehmungen: Von der «Gen-Schutz-Initiative» zur «Gen-Verbots-Initiative»	9
1.4 Die Argumente: Vom Naturschutz über die Humanmedizin und zur modernen Schlüsseltechnologie	13
1.5 Medien- und Kampagnenwirkung: Thematisierungswandel über Kampagnemedien	17
2. Der Bundesbeschluss über Massnahmen zum Haushaltsausgleich (Haushaltsziel 2001)	
2.1 Ausgangslage	23
2.2 Entscheidungsfindung und Wahrnehmung: Die Komplexitätsreduktion einer Vorlage ...	24
2.3 Das Abstimmungsprofil	26
2.4 Der Argumententest	29
2.5 Ausblick: Ausgabenbremse und Mehreinnahmen?	32
3. Die Volksinitiative «S.o.S. – Schweiz ohne Schnüffelpolizei» (S.o.S.-Initiative)	
3.1 Die Ausgangslage	34
3.2 Wahrnehmung und Bedeutung der Vorlage	34
3.3 Das Stimmverhalten	36
3.4 Die Motive der Abstimmenden	38
4. Die Stimmbeteiligung und Entscheidungsfindung	40
5. Methodischer Steckbrief	47
6. Die Hauptergebnisse der Abstimmungen vom 7. Juni 1998	50

Tabelle 1.1: Die Abstimmungsergebnisse nach Kantonen, in Prozent der Stimmenden

Kanton	Haushaltsziel 2001 Ja %	Gen-Schutz- Initiative Ja %	S.o.S.- Initiative Ja %	Beteiligung %
CH	70.7	33.3	24.9	41.3
ZH	74.8	37.7	26.4	44.9
BE	72.3	41.7	26.9	38.1
LU	75.6	35.1	21.2	45.5
UR	65.7	36.6	22.3	33.6
SZ	72.1	35.1	22.9	36.5
OW	74.0	35.3	21.1	35.6
NW	76.9	34.0	20.7	41.0
GL	78.0	38.7	24.2	47.2
ZG	78.0	36.4	22.2	45.4
FR	70.4	21.3	20.1	34.5
SO	67.5	35.9	24.9	45.7
BS	71.1	32.7	31.2	54.0
BL	74.6	29.1	24.4	45.0
SH	72.1	36.0	28.5	62.3
AR	72.8	44.2	23.4	46.0
AI	81.0	37.2	16.9	34.0
SG	77.1	38.8	22.4	40.0
GR	75.0	42.7	26.8	34.3
AG	74.9	34.2	21.6	37.8
TG	76.4	36.8	21.0	41.8
TI	62.2	36.8	31.2	30.1
VD	61.3	16.8	22.8	34.8
VS	55.4	15.7	19.6	45.8
NE	53.4	21.2	23.6	35.4
GE	62.2	23.0	29.3	52.1
JU	52.0	27.5	34.5	32.3

Quelle: <http://www.admin.ch> (prov. Endergebnisse)

1. Die Volksinitiative «zum Schutz von Leben und Umwelt vor Genmanipulation» (Gen-Schutz-Initiative)

1.1 Die Ausgangslage

Seit geraumer Zeit findet in der schweizerischen Öffentlichkeit eine Debatte über Möglichkeiten und Grenzen der Gentechnologie statt. Im Mai 1992 verabschiedeten Volk und Stände einen Verfassungsartikel zur Fortpflanzungs- und Gentechnologie, der von Bundesrat und Parlament als direkter Gegenvorschlag zur inzwischen zurückgezogenen «Beobachter-Initiative» ausgearbeitet worden war.¹ Bereits während dieser Abstimmungskampagne kritisierte die «Schweizerische Arbeitsgruppe Gentechnologie» den Verfassungsartikel als ungenügend, weil der ausserhumane Bereich nur sehr generell geregelt werde. Im April 1992 lancierten deshalb 23 Organisationen aus der Umwelt-, Natur- und Tierschutzbewegung sowie aus Kreisen der alternativen Landwirtschafts- und Entwicklungspolitik die Volksinitiative «zum Schutz von Leben und Umwelt vor Genmanipulation (Gen-Schutz-Initiative)». In ihren Kernpunkten verlangte die Initiative neben gesetzlichen Regelungen für Forschung und industrielle Anwendung drei Verbote:

- für die Herstellung, den Erwerb und Handel gentechnologisch veränderter Tiere
- für die Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen
- für die Patentierung von gentechnisch veränderten Tieren und Pflanzen sowie die dabei angewandten Verfahren.

Anfang 1997 entschied das Parlament, die Gen-Schutz-Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Gleichzeitig stimmte es aber der Gen-Lex-Motion zu, die als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative das Rechtsetzungsverfahren im Bereich der ausserhumanen Gentechnologie beschleunigen sollte. Im März 1998 wurde das Vernehmlassungsverfahren zu diesem Gen-Lex-Paket abgeschlossen; ebenfalls noch vor der Abstimmung gab der Bundesrat die Zusammensetzung der Ethikkommission bekannt. Bereits viel früher hatten die involvierten Interessenorganisationen erste Kampagnenanstrengungen unternommen und koordiniert: die gentechnologiekritische Seite anlässlich des Patentierungsentscheids zur Gen-Maus Ende 1995; die befürwortende Seite spätestens im April 1996 mit einer ersten Kampagne in Populärmedien. Insbesondere die Kampagne der Kritikerinnen und Kritiker der Initiative wurde von Beobachterinnen und Beobachtern in bezug auf Dauer, Intensität und Ressourcen als aussergewöhnlich und meisterhaft bezeichnet; der Emotionalisierungsgrad in Bild und Schrift war hoch.

In einer langfristigen Perspektive mit Blick zurück auf die Ausgangslage im Jahre 1997 ist am Abstimmungsausgang vom 7. Juni 1998 allein das Nein zur Initiative erklärungsbedürftig. In einer mehr kurzfristigen Perspektive ist es das mit 66.7 Prozent Nein-Stimmen eindeutige Resultat, das für viele überraschend war. Mit der vorliegenden VOX wird versucht, das Nein und die überraschende Eindeutigkeit des Resultats genauer zu erklären und auf damit verbun-

¹ Dieser Verfassungsartikel verbietet Eingriffe in das Erbgut von menschlichen Keimzellen ebenso wie die Forschung an und der Handel mit Embryonen. Zudem liefert er die Verfassungsgrundlage für gesetzgeberische Leitplanken im Bereich der Gentechnologie.

dene Fragen zu Profilen und Polarisierungen, Meinungsbildung und Motiven sowie Grundhaltungen einzugehen:

- *Profile und Polarisierungen:* Wer war besonders kritisch gegenüber der Initiative? Gibt es trotz breiter Zustimmung auch Differenzen oder Zersplitterungen, und wo haben die Überzeugungsstrategien der Initiantinnen und Initianten nicht gegriffen?
- *Motive und Meinungsbildung:* Wenn mit einem knapperen Resultat gerechnet wurde, heisst das, dass viele sich erst in letzter Minute entschieden haben, oder dass vielleicht einzelne Argumente am Schluss ausschlaggebend waren? Welche Rolle haben die Medien dabei gespielt?
- *Grundhaltungen und Thematisierungswandel:* Ist das unmissverständliche Nein der Stimmberechtigten als grundsätzliches Ja zur Gentechnologie zu verstehen? Oder widerspiegeln sich dahinter vielleicht auch andere Stellungnahmen, die durch ein Themenmanagement und Thematisierungswandel seitens der Kampagnenakteure ausgelöst wurden?

1.2 Das Abstimmungsprofil: Polarisierung, Zersplitterung und Geschlossenheit

Lediglich ein Drittel der Urnengängerinnen und Urnengänger sagte Ja zur Gen-Schutz-Initiative. Von den Befragten unserer Stichprobe unterstützten laut eigenen Angaben 32 Prozent die Initiative, 62 Prozent stimmten Nein, und die verbleibenden Personen legten entweder leer ein oder gaben keine Auskunft. Betrachtet man folglich nur die materiell Stimmenden ergibt sich in der VOX-Stichprobe ein Stimmenverhältnis, das sehr nahe am effektiven Resultat liegt: 34 Prozent Ja-Stimmen stehen 66 Prozent Nein gegenüber.

Aufgrund der Analyse des Stimmverhaltens nach politischen Merkmalen ergibt sich ein Profil der deutlichen Polarisierung, die allerdings vor allem dadurch zustande kommt, dass einem zersplitterten und wenig geschlossenen rot-grünen Lager eine deutlich geschlosseneren, initiativkritische Front gegenüber steht:

- Besonders ausgeprägt ist die Polarisierung bei den Merkmalen der politischen Orientierung: In Differenzpunkten ausgedrückt beträgt sie zwischen der Anhängerschaft der SPS und der FDP 38 Prozentpunkte (46 Prozent Ja gegenüber 8 Prozent Ja); zwischen dem rot-grünen Lager und der bürgerlichen Mitte 29 Prozentpunkte oder zwischen den Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Umweltschutzorganisationen 27 Prozentpunkte.
- Da die Zustimmung zur Initiative insgesamt auf tiefem Niveau bleibt, wird selbst im Lager der Initiantinnen und Initianten die mehrheitsbringende 50-Prozentmarke kaum überschritten. Im rot-grünen Lager stellen die Ja-Stimmenden 50 Prozent; bei der Anhängerschaft der Sozialdemokratischen Partei, die offiziell die Ja-Parole vertrat, sind es 46 Prozent.² Einzig bei den aktiven und passiven Mitgliedern von Umweltschutzorganisationen votiert eine – knappe – Mehrheit für die Initiative (Ja-Stimmenanteil von 55 Prozent).³ Die Klientel des schweizerischen Konsumentenschutzes hingegen spielt innerhalb des befürwortenden Lagers bereits eine sekundäre Rolle und entscheidet sich mehrheitlich gegen die Initiative (40 Prozent

² Insbesondere wenn man die Stichprobenfehler für diese zwei Teilstichproben (± 9.6 für das rot-grüne Lager; ± 10.2 für die SPS) berücksichtigt, wird deutlich, dass die 50 Prozent-Marke nicht eindeutig überschritten werden konnte.

³ Unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers (± 9.6) kann hier auf alle Fälle von relativen Mehrheiten ausgegangen werden.

Tabelle 1.2: Das Stimmverhalten bei der Gen-Schutz-Initiative nach politischen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	% Ja-Stimmen	n	Cramer's V
Total effektiv	33.3		
Total VOX	34	552	
<i>Partei**</i>			0.34 (0.25) ^a
SPS	46	92	
CVP	(33)	43	
FDP	8	64	
SVP	(22)	46	
Keine Parteibindung	36	204	
<i>Politische Lager nach Parteien**</i>			0.29
Rot-Grüne	50	105	
Bürgerliche Mitte	21	122	
Rechtsbürgerliche	(23)	52	
<i>Links-Rechts-Orientierung**</i>			0.27
Links aussen	(62)	37	
Links	45	107	
Mitte	35	194	
Rechts	23	120	
Rechts aussen	(11)	47	
<i>Mitgliedschaft Umweltschutzorganisationen**</i>			0.21
Aktive/passive Mitgliedschaft	55	103	
Mitgliedschaft vorstellbar	32	152	
Mitgliedschaft unvorstellbar/	28	282	
keine Mitgliedschaft			
<i>Mitgliedschaft Konsumentenorganisationen*</i>			0.13
Aktive/passive Mitgliedschaft	(43)	44	
Mitgliedschaft vorstellbar	42	153	
Mitgliedschaft unvorstellbar/keine Mitgliedschaft	30	349	

Die in Klammern angegeben Kategorien sind als Tendenz zu interpretieren, da die Anzahl Nennungen bzw. das Vertrauensintervall keine quantitativen Schlüsse zulässt.

^a Das Cramer's V in Klammern gibt den Zusammenhang an, wenn die Personen ohne Parteibindung mitberücksichtigt werden. Cramer's V = 0.34 gilt für die vier aufgeführten Regierungsparteien.

** hoch signifikant (p < 0.01);

* signifikant (p < 0.05). Vgl. auch Methodischer Steckbrief.

© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.

Ja-Stimmenanteil). Das heisst mit anderen Worten: Innerhalb des rot-grünen Lagers mobilisiert vor allem die enge Einbindung in die Umwelt- und Naturschutzbewegung zum Ja, während andere organisatorische und ideelle Bindungen nur beschränkt oder sogar überhaupt nicht zur Unterstützung der Initiative beitragen. Letzteres gilt insbesondere für Gewerk-

schaftsmitglieder. Mit einem Nein-Stimmenanteil von 63 Prozent unterscheiden diese sich nicht mehr signifikant von den anderen Urnengängerinnen und Urnengängern.⁴

- Der zersplitterten Basis im befürwortenden Lager steht ein prononciert geschlossenes Lager auf der Seite der Gegnerschaft gegenüber: In der bürgerlichen Mitte, im rechtsbürgerlichen Lager und damit auch bei den Anhängerschaften von CVP, FDP und SVP ist die kritische Haltung gegenüber der Vorlage ausgeprägt (67 Prozent Nein-Stimmen und mehr). Besonders geschlossen gegen die Initiative votieren insbesondere die Freisinnigen (92 Prozent nein).⁵
- Vergleichsweise starke Geschlossenheit manifestiert sich schliesslich in quantitativ gewichtigen Gruppen wie den Stimmberechtigten, die sich auf der Links-Rechts-Achse in der Mitte einordnen, oder den Parteiungebundenen. Mit ihren deutlichen Nein-Anteilen von 65 (Ja-Anteil 35 Prozent) bzw. 64 Prozent tragen sie wesentlich zur Verwerfung der Vorlage bei.

Die Eindeutigkeit des Nein-Entscheids widerspiegelt sich insbesondere im Stimmverhalten entlang der gesellschaftlichen Merkmale. Hier zeigt sich ein Bild der Homogenität, mit vergleichsweise schwachen Polarisierungen und einer allgemeinen Ablehnung auf hohem Niveau:

- Aufschlussreich ist deshalb vor allem auch, wo keine signifikanten Unterschiede im Stimmverhalten nachzuweisen sind: So stimmen weder die jüngsten Stimmberechtigten im Alter von 18 bis 29 Jahren noch die ganze Nach-68er Generation, die mit den Jahrgängen 1959 und jünger während dem Aufkommen der Umweltbewegung politisiert wurden, wesentlich gentechnologie-kritischer als der Durchschnitt.⁶ Auch hinsichtlich religiöser oder konfessioneller Einbindungen lässt sich kein eindeutiges Verhaltensmuster ablesen. Höchstens in der Tendenz stimmen regelmässige Kirchgängerinnen und Kirchgänger überdurchschnittlich Ja⁷; zu den Ja-Stimmenden zählen vor allem jene, die weder der katholischen noch protestantischen Konfession angehören oder konfessionslos sind.⁸
- Insgesamt ist der Einfluss auf das Stimmverhalten bei den gesellschaftlichen Merkmalen weniger ausgeprägt als bei den politischen Variablen; das deuten die Werte von Cramer's V, aber auch multivariate Modelle an.⁹ Damit werden erste Abstimmungsanalysen,¹⁰ die sich auf die effektiven Ja-Stimmenanteile in den Gemeinden stützen, insofern relativiert, als der Variable Einkommen bzw. Reichtum keine besonders prägende Kraft zukommt. In bezug auf die Bedeutung einzelner gesellschaftlicher Variablen kommt die VOX aber zu einem sehr ähnlichen Befund: Besonders kritisch eingestellt sind die Romand(e)s. Mit einem hohem sozioökonomischen Status der Stimmenden (ausgedrückt im Haushaltseinkommen und Bildungsgrad) geht ebenfalls eine stärkere Ablehnung der Initiative einher; die Ja-Anteile sinken auf 22 bzw. 27 Prozent. Weibliche Stimmberechtigte hingegen unterstützten die Initiative etwas stärker als Männer.

⁴ Der Stichprobenfehler für aktive und passive Gewerkschaftsmitglieder beträgt ± 8.9 Prozentpunkte. Die Grössenrelationen ändern sich kaum, wenn man die Mitglieder und Personen, die sich eine Mitgliedschaft vorstellen können, zusammenfasst: 61 Prozent Nein.

⁵ Weil die Antwortverteilung so eindeutig ist, kann dieser Befund trotz kleiner Fallzahl in der Teilstichprobe ($n = 64$) als robust bezeichnet werden; der Stichprobenfehler beträgt ± 6.6 .

⁶ Anlässlich der Abstimmung über den Verfassungsartikel im Mai 1992 war bei den 18–29-jährigen die Tendenz für ein Ja feststellbar; der Zusammenhang zwischen Alter und Stimmverhalten war allerdings ebenfalls nicht signifikant und schwach.

⁷ Der Zusammenhang ist nicht signifikant; Cramer's V = 0.10.

⁸ Cramer's V = 0.14.

⁹ Zur Überprüfung haben wir in einer logistischen Regression zuerst alle bivariat signifikanten und in den Tabellen 1 und 2 präsentierten Variablen auf ihren Einfluss getestet. Dabei erreichen die gesellschaftlichen Variablen Einkommen, Schulbildung und Geschlecht nicht das gleiche Signifikanz-Niveau; die untereinander vergleichbaren Regressions- oder Effektkoeffizienten sind kleiner als bei den politischen Variablen.

¹⁰ Schneider, Madeleine (1998). Gemeindergebnisse der Volksabstimmung vom 7. Juni 1998, in: BFS-Pressemitteilung, Politik 17, Bern.

Tabelle 1.3: Das Stimmverhalten bei der Gen-Schutz-Initiative nach gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	% Ja-Stimmen	n	Cramer's V
Total effektiv	33.3		
Total VOX	34	552	
<i>Monatl. Haushaltseinkommen**</i>			0.21
über 9000.–	22	85	
7000–8999.–	33	70	
5000–6999.–	24	137	
3000–4999.–	42	127	
unter 3000.–	49	71	
<i>Schulbildung**</i>			0.14
Hoch	27	259	
Mittel	40	238	
Tief	(41)	61	
<i>Sprachregion**</i>			0.13
Deutsche Schweiz	37	412	
Französische Schweiz	23	128	
Italienische Schweiz	(32)	22	
<i>Geschlecht**</i>			0.11
Frauen	39	279	
Männer	28	283	

Die in Klammern angegebene Kategorien sind als Tendenz zu interpretieren, da die Anzahl Nennungen bzw. das Vertrauensintervall keine quantitativen Schlüsse zulässt.

** hoch signifikant ($p < 0.01$);

* signifikant ($p < 0.05$). Vgl. auch Methodischer Steckbrief.

© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.

1.3 Motive und Wahrnehmungen: Von der «Gen-Schutz-Initiative» zur «Gen-Verbots-Initiative»

Hinter den politischen Merkmalen, welche das Stimmverhalten beeinflussen, stehen Einstellungen und Motive. So zeigt sich in der offenen Frage nach den Beweggründen der Ja-Stimmenden, dass die Unterstützung der Initiative am meisten mit Motiven aus dem Natur- und Umweltschutz erklärt wird: 57 Prozent der Antwortenden verweisen in einer ihrer Antworten darauf, dass sie gegen Genversuche sind und die Natur vor diesen Eingriffen schützen wollen; wobei hier allgemeine Aussagen wie «besserer Schutz der Natur» oder «unerlaubter Eingriff in die Natur» eher überwiegen, an zweiter Stelle folgen Begründungen, die explizit auf gentechnologische Eingriffe oder Manipulationen verweisen.¹¹ Mit diesen natur- und umweltschutz-

¹¹ Da die Fallzahlen hier insgesamt sehr gering sind, sind die Prozentangaben höchstens als Tendenz zu interpretieren. Die ersten Begründungen machen 28 Prozent aus ($n = 34$); die zweiten 21 Prozent ($n = 26$).

Tabelle 1.4: *Motive der Ja-Stimmenden*

Ja-Motive	% der Antwortenden	n Antworten
<i>Wichtigste spezifische Motive</i>		
Verhinderung von Manipulationen/Schutz der Natur	57	70
Risiken, Gefahren	38	47
Ethik	15	19
Diverse spezifische Motive (Regulierung, Nahrungsmittel, Forschung)	52	64
Allgemeine Motive und Empfehlungen von Dritten	28	34
Unverständliche Motive, «weiss-nicht»-Antworten und keine Angaben	19	23
Total % der Antwortenden (n = 123)/Total Antworten	209	257
Insgesamt haben 123 Befragte geantwortet und in Mehrfachantworten 257 Angaben gemacht. Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 an.		
© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.		

politischen Argumenten im engeren Sinne sind Motive verwandt, die auf die allgemeinen Risiken und Gefahren der Gentechnik aufmerksam machen (38 Prozent) oder ethisch motivierte Einwände gegen die Gentechnologie aufzuführen (15 Prozent). Im Gegensatz dazu bleiben Beweggründe selten, welche sich auf die Gentechnologie bei Nahrungsmitteln, auf Deklarationsfragen und somit auch auf Aspekte des Konsumentenschutzes beziehen,¹² was angesichts der Stossrichtung der Vorlage auch für die Rationalität der Stimmenden spricht. Aber auch die grundsätzliche Kritik an der gentechnologischen Forschung bzw. Wissenschaft sowie allgemeine Regulierungsaspekte werden spontan kaum als Motive aufgeführt.¹³

Ganz offensichtlich sind aber diese Motive des Natur- und Umweltschutzes die Motive einer Minderheit geblieben und können für den Abstimmungsausgang nicht entscheidend gewesen sein. Was ist passiert? Die Wahrnehmungen und Inhaltsangaben der Stimmberechtigten geben einen Anhaltspunkt: Trotz aller Anstrengungen des befürwortenden Komitees wird von der Initiative «zum Schutz von Leben und Umwelt vor Genmanipulation» nicht so sehr der Schutzgedanke wahrgenommen, sondern die Verbote und Beschränkungen (vgl. *Tabelle 1.5*). Bei der offenen Frage nach dem Inhalt der Vorlage verweisen lediglich 7 Prozent der Antwortenden auf die Dimension des Schutzes. Umgekehrt hebt eine deutliche Mehrheit, nämlich 56 Prozent, in einer ihrer Nennungen den Verbotscharakter der Initiative hervor. Damit lässt sich ein erster Erfolg der gegnerischen Abstimmungskampagne dingfest machen: Die Apostrophierung der «Gen-Schutz-Initiative» als «Gen-Verbots-Initiative» hat gegriffen und sich in der Wahrnehmung der Stimmberechtigten verankert.

Diese inhaltliche Umdeutung der Vorlage findet in den spontan genannten Motiven der Nein-Stimmenden ihren Niederschlag. Zuoberst auf der Liste der allgemeinen Einwände stehen Punkte, welche Begründungen der gegnerischen Kampagne aufnehmen und sich gegen die

¹² von 13 Prozent (n = 16).

¹³ von 17 Prozent (n = 21).

Tabelle 1.5: Inhaltliche Wahrnehmungen der Stimmberechtigten zur Gen-Schutz-Initiative

Wahrnehmungen	% der Antwortenden	n	%	n
<i>Wahrnehmung als Gen-Verbots-Initiative</i>	56	368		
Verbot von Gentechnik bei Tieren, Keine Tierversuche			11	73
Verbot der Genforschung			11	73
Verbot Genmanipulation, Manipulation der Umwelt			8	49
Teilweises Verbot, genaue Richtlinien, Gentech in Schranken halten			4	27
Verbot Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen, Pflanzen etc.			3	21
Verbot Patentierung			2	12
Diverses, Allgemeines zum Verbot			17	113
			56	368
<i>Forschung mit Gentechnik, gentechnologische Forschung</i>	16	103		
Regulierung, Kontrolle, Bewilligung, Deklaration und Kontrolle von Gentechnik	7	47		
Wahrnehmung als Gen-Schutz-Initiative, Schutzgedanke	7	43		
Allgemeine, argumentierende und diffuse Wahrnehmungen	12	77		
Weiss nicht	12	89		
Total % der Antwortenden (n = 655)/Antworten	110	717		
Insgesamt haben 655 Antwortende in Mehrfachantworten 717 Angaben gemacht. Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 an.				
© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.				

Vorlage als «Gen-Verbots-Initiative» wenden (28 Prozent der Antwortenden). Darüber hinaus wird ganz allgemein eingewendet, die Initiative gehe zu weit, sei zu extrem oder schlicht schlecht (24 Prozent). Vereinzelt wird in diesem Block der allgemeinen Begründungen auch geltend gemacht, die Entwicklung der Gentechnologie liesse sich ohnehin nicht aufhalten und der damit verbundene Fortschritt nicht blockieren.¹⁴

Mit dem Verweis auf diesen letztgenannten, allgemeinen Beweggrund (Verteidigung des Fortschritts) lässt sich die Wirkung der inhaltlichen Umdeutung auf die Argumentationsstrategie nachzeichnen: Eine an sich positiv besetzte Vorlage wird negativ aufgeladen, um damit gleichzeitig auch positive Errungenschaften verteidigen zu können. Wer mit Nein stimmt, tritt damit nicht als «Nein-Sager» auf, sondern verteidigt Errungenschaften und positive Werte – zum

¹⁴ 10 Prozent (n = 33).

Tabelle 1.6: *Motive der Nein-Stimmenden*

Nein-Motive	% der Antwortenden	n
<i>Wichtigste spezifische Motive</i>		
Forschung	30	98
Anwendungen in bestimmten Bereichen	28	91
Wirtschaftliche Auswirkungen	22	72
<i>Allgemeine, grundsätzliche Motive</i>		
Gegen Verbote	28	90
Gegen Initiative allgemein	24	77
Fortschritt	10	33
Pro Gentechnologie	10	32
Genügend bestehende Kontrollen	9	30
Andere Motive und Empfehlungen von Dritten	6	19
Unverständliche Motive, «weiss-nicht»-Antworten und keine Angaben	26	84
Total % der Antwortenden (n = 326)/Total Antworten	193	626
Insgesamt haben 326 Befragte geantwortet und in Mehrfachantworten 626 Angaben gemacht. Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 an. © IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.		

Beispiel den Fortschritt. Auch die spezifischen, inhaltlich begründeten Motive fassen auf dieser Errungenschafts- oder Verteidigungslogik:

- Wenn die gentechnologische Forschung allgemein verteidigt wird (30 Prozent), verweisen die Befragten am häufigsten auf die Bedeutung der Grundlagenforschung oder argumentieren, die gentechnologische Spitzenforschung dürfe nicht verhindert werden (19 Prozent).
- Eng damit verknüpft sind Motive, welche auf die Anwendungen der Gentechnologie in verschiedenen Bereichen aufmerksam machen und damit auch Erwartungen an die Gentechnik formulieren (28 Prozent). Am meisten wird dabei auf medizinische Anwendungen allgemein verwiesen (16 Prozent); zählt man die Nennungen hinzu, welche Hoffnungen im Zusammenhang mit medikamentösen Behandlungen von Krebs, Alzheimer und ähnlichen Krankheiten Ausdruck geben, beträgt die Erwähnungsquote 23 Prozent.¹⁵
- Schliesslich werden mit der letzten Motivgruppe auch wirtschaftliche Standortvorteile verteidigt respektive allfällige negative Auswirkungen bei einem Ja abgewehrt (22 Prozent). Der Erhalt bzw. allfällige Verlust von Arbeitsplätzen steht dabei erwartungsgemäss auf dem ersten Platz.¹⁶

¹⁵ Nennungen in Zusammenhang mit Anwendungen in der Landwirtschaft, mit dem Bereich der Welt-Ernährungspolitik sowie mit Nahrungs- und Futtermitteln bleiben hingegen absolut marginal (4 Prozent, n = 12).

¹⁶ 12 Prozent (n = 38); vereinzelt wird auch auf den Standortwettbewerb aufmerksam gemacht (6 Prozent; n = 19).

1.4 Die Argumente: Vom Naturschutz über die Humanmedizin und zur modernen Schlüsseltechnologie

Die Bedeutung des Umweltschutzes und der damit verbundenen Risiken oder ethischen Einwände als Beweggründe für das Ja widerspiegelt sich auch im Test der Pro-Argumente (vgl. Tabelle 1.7).

- Argument 1, das auf unabsehbare und unkontrollierbare Risiken der Gentechnologie aufmerksam macht, stösst bei den Stimmberechtigten noch am ehesten auf Unterstützung (58 Prozent). Beim eher ethisch motivierten Argument mit der Würde der Kreatur ist zwar das Einverständnis geringer (52 Prozent), dafür ist hier die vergleichsweise beste Verhaltenskonsistenz nachzuweisen. Das heisst, zumindest eine Mehrheit derjenigen, die sich mit dem Argument einverstanden erklären, stimmt wirklich auch ja. Auch hinsichtlich der Trenn- oder Diskriminierungsfunktion schneiden diese zwei Pro-Argumente am besten ab: Für die Initiative stimmen viele, die mit diesen Argumenten einverstanden sind (56 Prozent bei Argument 1; 58 Prozent bei Argument 2), aber nur sehr wenige, welche die Argumentationen nicht unterstützen (4 Prozent bzw. 9 Prozent). Die daraus resultierende Differenz in Prozentpunkten (52 bzw. 49) widerspiegelt die Trennfunktion.
- Im Gegensatz dazu bleiben die Argumente marginal, welche sich gegen die Gentechnologie in der Landwirtschaft richten (Argument 3) oder die einseitige Ausrichtung der Forschung auf die Gentechnologie kritisieren (Argument 4). Selbst wenn die Zustimmungsrate wie beim Argument zur Bio-Landwirtschaft nicht so schlecht ist (55 Prozent), hinsichtlich der Verhaltenskonsistenz und der Trennfunktion weisen beide getesteten Argumente schlechtere Werte auf.

Den Argumenten des Natur- und Umweltschutzes auf der Pro-Seite stellt die gegnerische Seite ein schlagkräftiges Argumentarium entgegen. Stützt man auf die Kriterien Zustimmungsrate, Verhaltenskonsistenz sowie Trennfunktion ab, ergibt sich für das gesamte Argumentarium eine deutlich positivere Bilanz als bei der Pro-Seite. Dabei sticht das Argument *«die Gentechnologie ermöglicht neue Methoden zur Bekämpfung von Aids, Krebs und anderen Krankheiten»* heraus. Es weist die höchste Zustimmungsrate überhaupt auf und trennt ausgesprochen stark zwischen Ja und Nein: Nur gerade 8 Prozent der Stimmberechtigten erklärten sich mit diesem Argument nicht einverstanden. Zudem kommt es kaum vor, dass jemand, der nicht einverstanden ist, trotzdem nein stimmt (Trennfunktion 72 Prozentpunkte). Und auch die Verhaltenskonsistenz ist – vor allem im Vergleich zu den Pro-Argumenten – als hoch zu bezeichnen. Wer einverstanden ist, stimmt zu 78 Prozent nein. Darüber hinaus ist das Antwortverhalten in den verschiedenen Altersgruppen bemerkenswert:¹⁷ Vor allem die jüngeren Stimmberechtigten im Alter zwischen 18 und 29 bzw. 30 und 39 Jahren erklären sich überdurchschnittlich oft mit diesem Argument einverstanden (83 bzw. 80 Prozent).¹⁸

¹⁷ Bei keinem anderen Pro- oder Kontra-Argument ist dieser systematische Zusammenhang mit dem Alter nachweisbar.

¹⁸ Bei den Stimmberechtigten über 70 Jahren beträgt die Unterstützung 73 Prozent. Wenn man allerdings die Unentschiedenen, die gerade bei den ältesten Stimmberechtigten stark vertreten sind, aus den Berechnungen ausschliesst, ergibt sich auch in dieser Altersgruppe eine signifikant überdurchschnittliche Zustimmung von 93 Prozent (Durchschnitt unter den materiell Stellungnehmenden: 90 Prozent). Am «tiefsten» ist die Zustimmung dann bei den 50–59jährigen (84 Prozent).

Tabelle 1.7: Pro- und Kontra-Argumente zur Gen-Schutz-Initiative (Prozentwerte und Prozentpunkte)

Argumente, Statements	einver- standen	nicht einver- standen	unen- tschie- den	Cramer's V (Signifi- kanz)	Verhal- tenskon- sistenz ^a	Trenn- funk- tion ^b
<i>Pro-Argumente</i>						
1) Die Risiken, wo man mit der Freisetzung von genmanipulierten Tieren, Pflanzen und Organismen eingeht, sind unabsehbar und unkontrollierbar.*	58	26	16	0.52**	56 (2)	52 (1)
2) Unsere Natur gehört nicht den Pharmakonzernen. Gentechnologie-Patente sind mit der Würde von der Kreatur nicht vereinbar.	52	30	19	0.51**	58 (1)	49 (2)
3) In der schweizerischen Bio-Landwirtschaft hat die Gentechnik nichts zu suchen.	55	28	17	0.42**	52 (3)	40 (4)
4) In der heutigen Forschung wird allzu einseitig auf die Gen-Karte gesetzt; mit einem Ja zur Initiative fördert man die Vielfalt von Forschungs- und Heilmethoden.	45	35	20	0.40**	53 (4)	41 (3)
<i>Kontra-Argumente</i>						
1) Die Gentechnologie ermöglicht neue Methoden zur Bekämpfung von Aids, Krebs und anderen Krankheiten.	77	8	14	0.49**	78 (5)	72 (1)
2) Bio- und Gentechnologie sind Schlüsseltechnologien für die Zukunft. Wenn man die Gentechnologie in der Schweiz verbietet, lässt man dem Fortschritt keine Chance.	62	24	13	0.64**	88 (3)	65 (2)
3) Ohne eigene Forschung in der Gentechnologie würden noch mehr Arbeitsplätze von der chemischen Industrie ins Ausland verlagert.	67	20	13	0.52**	82 (4)	56 (4)
4) Mit der Gen-Verbots-Initiative gerät der Forschungs- und Denkplatz Schweiz in eine Sackgasse.	51	34	17	0.57**	91 (1)	57 (3)
5) Bundesrat und Parlament haben schon genügend Gesetze verabschiedet oder geplant, um die Gentechnologie zu kontrollieren.	44	34	22	0.55**	90 (2)	57 (3)
* Die Formulierung der Statements erfolgte so, dass sie im deutschschweizerischen Dialekt direkt vorgelesen werden konnten.						
^a Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele Personen, die sich mit einem Pro-Argument (Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (nein) stimmen.						
^b Trenn-Funktion liegt dann vor, wenn sehr viele, die mit diesem Pro-Argument einverstanden sind, ja stimmen (56%), aber nur sehr wenige, die das Argument nicht unterstützen (4%). Die daraus resultierende Differenz in Prozentpunkten (52) widerspiegelt die Höhe der Trennfunktion.						
** hoch signifikant ($p < 0.01$).						
© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.						

Gleichzeitig zeigen die hohen Zustimmungsraten zu den folgenden Argumenten 2 bis 5, dass es bei der Abstimmung zur Gen-Schutz-Initiative um mehr als um eine Debatte über «Tierversuche versus Humanmedizin» ging. Mit Argument 2 wird eine moderne Schlüsseltechnologie und der Fortschritt schlechthin verteidigt. Das Argument 3 mit den Arbeitsplätzen in der chemischen Industrie fügt sich nahtlos in den Kontext der schweizerischen Wirtschaftssituation Ende der 90er Jahre ein und findet die zweithöchste Zustimmung (67 Prozent). Die Argumente 4 und 5 sind hinsichtlich der Ausrichtung und des Zielpublikums spezifischer und etwas weniger plakativ, stossen deshalb insgesamt auf weniger Unterstützung und mehr Unentschiedene. Dafür zeichnen sich aber diese Argumente, welche die Regulierungsfrage wieder aufnehmen, durch eine hohe Verhaltenskonsistenz aus. Wer sich mit den Argumenten zum Forschungs- und Denkplatz Schweiz und zur Gen-Lex einverstanden erklärt, legt fast immer ein Nein in die Urne (91 bzw. 90 Prozent).

Diese Annahme, dass es bei der Abstimmung über die Gen-Schutz-Initiative um mehr als um einen Gegensatz «Tierschutz versus Humanmedizin» gegangen ist, bestätigt sich, wenn man die politischen Werthaltungen der Stimmberechtigten als Erklärungsvariablen für das Stimmverhalten hinzuzieht. Hier wird eine Überlagerung von weiteren Grundsatzfragen manifest: Wer gegen staatlichen Interventionismus ist oder für eine moderne Schweiz eintritt, die sich nach aussen öffnet, spricht sich ebenfalls sehr deutlich gegen die Initiative aus (je 73 Prozent nein).

Mit dem Argumententest und der Bedeutung dieser drei Wertdimensionen¹⁹ lässt sich nun abschliessend die Niederlage der Initiantinnen und Initianten bzw. der Erfolg der gegnerischen Argumente besser erklären, und vor dem Hintergrund dieser Analyse der Argumentationsmuster und Themenrelevanz kann das unterschiedliche Stimmverhalten einzelner gesellschaftlicher und politischer Gruppen interpretiert werden.

- Allein mit den Argumenten und Motiven des Umwelt- und Tierschutzes hat sich bei der Abstimmung vom 7. Juni keine Mehrheit gewinnen lassen: Wer dem Argument zustimmt, die Freisetzung von genmanipulierten Organismen berge unkontrollierbare Risiken in sich, stimmt nur zu 56 Prozent ja; ganze 44 Prozent sagen trotzdem nein zur Initiative (vgl. *Argument 1, Tabelle 1.7*). Selbst wer dem Umweltschutz in der Schweiz hohe Priorität beimisst und sich auf der entsprechenden Werteskala bei Punkt 1 oder 2 einordnet, stimmt höchstens zu 51 Prozent mit Ja. Von den Personen, die sich auf der Skala zum Umweltschutz bei Punkt 3 oder 4 einordnen, sind bereits 74 Prozent nicht einverstanden (vgl. *Tabelle 1.8*). Dabei zeigen die Grössenrelationen und die Verteilung auf dieser Werteskala, dass das Problem nicht darin liegt, dass der Umweltschutz zu wenig Anhängerinnen und Anhänger hat. Denn allein 42 Prozent der Urnengängerinnen und Urnengänger messen dem Umweltschutz einen hohen Stellenwert bei (Skalenpunkte 1 und 2).²⁰ Im vorliegenden Fall ist das Problem eher, dass der Umweltschutz nur beschränkt relevant war – auch ökonomische Dimensionen waren von Bedeutung:

¹⁹ Die Grössenrelationen bei den Zusammenhangsmassen ändern sich nicht, wenn man die 6er-Skala in ihrer ursprünglichen Form belässt und nicht regroupiert. Die Auswahl dieser drei Wertdimensionen erfolgte auch aufgrund eines multivariaten Tests für die gesamte Wertebatterie. Es sind dies die drei Wertdimensionen mit signifikantem Einfluss.

²⁰ Die Masse der zentralen Tendenz für die 6er Skala lauten: Mittelwert = 2.7; häufigster Wert, Median = 3 (n = UrnengängerInnen).

Tabelle 1.8: Politische Werthaltungen und Stimmverhalten bei der Gen-Schutz-Initiative
(Angaben in Zeilenprozent)

Möchten Sie eine Schweiz	Stimmverhalten Gen-Schutz		
	ja	nein	n
<i>Ökologie – Ökonomie</i> (Cramer's V = 0.33**)			
wo der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand (1,2)	51	49	232
↓ (3,4)			
oder wo der wirtschaftliche Wohlstand wichtiger ist als der Umweltschutz (5,6)	23	77	264
	8	92	49
<i>Staat – Markt</i> (Cramer's V = 0.17**) (1,2)			
mit mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft (3,4)	55	45	40
↓ (5,6)			
oder mit mehr Wettbewerb auf dem Markt (5,6)	37	63	186
	27	73	290
<i>Öffnung – Tradition</i> (Cramer's V = 0.15**) (1,2)			
die sich nach aussen öffnet (3,4)	27	73	301
↓ (5,6)			
oder die ihre Traditionen schützt (5,6)	38	62	188
	47	53	66

Lesbeispiel: Von den Personen, die auf der 6-teiligen Werteskala die Werte 1 und 2 auswählen und den Umweltschutz wichtiger finden als den wirtschaftlichen Wohlstand, haben 51% ja gestimmt, 49% nein.
© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.

- So stimmen auch die Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung, deren Dachorganisation SGB Stimmfreigabe zur Gen-Schutz-Initiative beschlossen hat, ähnlich wie die übrigen Teilnehmenden und verwerfen die Initiative zu 63 Prozent. Im Erwerbsleben stehende Personen wiederum sind besonders vom gegnerischen Argument mit den Arbeitsplätzen angetan und erklären sich mit diesem überdurchschnittlich oft einverstanden (73 Prozent).
- Wenn sich die jüngeren Stimmberechtigten wider Erwarten nicht anders als der Durchschnitt verhalten, dann kann das wohl am besten mit dem Einfluss der Wertdimension «Tradition-Öffnung» erklärt werden. Die 18–29jährigen und die Nach-68er Generation sind nämlich bei den Personen, die für eine Öffnung der Schweiz eintreten, überdurchschnittlich stark vertreten (65 Prozent bzw. 63 Prozent).²¹ Das gleiche gilt für die Romand(e)s, die sich gegenüber der Gen-Schutz-Initiative besonders kritisch verhalten.²² Zudem fühlen diese sich auch besonders vom gegnerischen Argument 2 mit den Schlagworten «Schlüsseltechnologie» und «Fortschritt» angesprochen.²³

²¹ Bei einem Durchschnitt von 53 Prozent (Skalenpunkte 1,2).

²² Allerdings gilt es zu berücksichtigen, dass die Zugehörigkeit zur Romandie auch im multivariaten Modell als eigenständige Erklärungsvariable signifikant bleibt.

²³ Dieser Zusammenhang wird vor allem dann ersichtlich, wenn man die in der Romandie stärker vertretenen Unentschiedenen aus den Berechnungen ausklammert. Die Zustimmungsrates beträgt dann 81 Prozent, gegenüber 69 Prozent in der deutschen Schweiz (bei einem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 72 Prozent).

- Die Zustimmungsraten bei den gegnerischen Argumenten 4 und 5 mit den Stichworten «Gen-Verbots-Initiative» und «genügend Gesetze» stehen für die Regulierungsdebatte und die Wertdimension «Staat-Markt». Entsprechend werden auch unterschiedliche Einschätzungen entlang der politischen Lager manifest.²⁴ Bei beiden Argumenten ist eine relative Mehrheit des rot-grünen Lagers (49 Prozent) nicht einverstanden. Im bürgerlichen Lager ist die CVP-Anhängerschaft weniger überzeugt, das Einverständnis ist unterdurchschnittlich und vor allem auch markant tiefer als bei der Anhängerschaft der FDP.²⁵

Schliesslich liefert die Analyse zu Argumentationsmustern und Themenrelevanz auch Erklärungsansätze dafür, weshalb zwei gesellschaftliche Segmente der Kontra-Seite weniger stark gefolgt sind:

- Untere Bildungs- und Einkommenschichten fühlen sich weniger angesprochen von den zusätzlich mobilisierenden Argumenten zur Gentechnologie als zukunftsweisende Schlüsseltechnologie (Argument 2) und zum Forschungs- und Denkplatz Schweiz (Argument 4), die vor allem auch von Vertreterinnen und Vertretern aus wissenschaftlichen Kreisen vorgetragen worden sind. Das Einverständnis bleibt bei Befragten mit einem Haushaltseinkommen unter 5000 Franken und mit einem formal tiefen Bildungsabschluss unterdurchschnittlich.²⁶
- Die etwas kritischere Haltung der weiblichen Stimmenden widerspiegelt sich in einer tieferen Einverständnisquote²⁷ bei sämtlichen Kontra-Argumenten. Wenn die weiblichen Stimmberechtigten dennoch die Initiative deutlich verwerfen, dann vielleicht auch deshalb, weil das Thema Gen-Food und gentechnologisch veränderte Lebensmittel nicht relevant war. Frauen sagen nämlich auch nach der Abstimmung vom 7. Juni viel deutlicher als Männer (46 Prozent), sie würden keine gentechnologisch veränderten Lebensmittel konsumieren (60 Prozent).

1.5 Medien- und Kampagnenwirkung: Thematisierungswandel über Kampagnemedien

Die Kampagne rund um die Gen-Schutz-Initiative machte viel von sich reden. Fachwelt und Beobachter waren sich einig, dass sie nicht nur hinsichtlich der Dauer und dem finanziellen Aufwand, sondern auch in bezug auf die Härte der Auseinandersetzung ausserordentlich war; sogar Strafanzeige im Sinne des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb wurde erhoben. Im vorhergehenden Kapitel haben wir die Intensität und Wirkung der Kampagne eher indirekt erhoben, indem deren Niederschlag in den Motiven und Argumenten, wenn nicht kausal so doch plausibel, dargestellt

²⁴ Die Wertdimension «Staat-Markt» verliert im multivariaten Modell an Signifikanz, wenn gleichzeitig die Einordnung auf der Links-Rechts-Achse integriert wird.

²⁵ Bei Argument 4 (Sackgasse) sind 53 Prozent der CVP-Anhängerschaft, aber 77 Prozent der FDP-Anhängerschaft einverstanden. Beim Argument 5 (Gen-Lex) sehen die Verhältnisse wie folgt aus: 43 Prozent (CVP) gegenüber 69 Prozent (FDP). Angesichts der beschränkten Fallzahl sind die Prozentwerte als Tendenz zu interpretieren; die Differenz zwischen den zwei Parteien ist aber eindeutig.

²⁶ Bei beiden Argumenten ist der Zusammenhang zwischen Haushaltseinkommen und Antwortverhalten signifikant, auch dann wenn die Unentschiedenen aus den Berechnungen ausgeklammert werden. Bei der Schulbildung ist der Zusammenhang unter Ausschluss der Unentschiedenen nicht mehr signifikant.

²⁷ Bei allen fünf getesteten Pro-Argumenten ist die Zustimmung bei den Frauen signifikant unterdurchschnittlich – wenn auch auf hohem Niveau. Die Differenz bleibt selbst dann signifikant, wenn man die bei den Frauen stärker vertretenen Unentschiedenen aus den Berechnungen ausklammert. Am ausgeprägtesten ist die Geschlechterdifferenz beim Argument 3 mit den Arbeitsplätzen und Argument 4 (Sackgasse für den Forschungs- und Denkplatz); je 13 Prozentpunkte Differenz.

Tabelle 1.9: Wahrgenommener Einfluss der Medienberichterstattung (Spaltenprozent)

«Hat die Medienberichterstattung in letzter Zeit einen Einfluss auf Ihre Einstellung zur Bio- und Gentechnologie gehabt? Und wenn ja: Eher in Richtung dafür oder eher dagegen?»*	1998	1997	1998	1997
	VOX	EB	VOX	EB
	Total Befragte		materiell Antwortende	
ja, eher in Richtung dagegen	10	26	12	28
nein, hat keinen Einfluss gehabt	64	55	71	60
ja, eher in Richtung dafür	16	12	18	13
weiss nicht/keine Angabe	10	8		
n = Stimmberechtigte/materiell Antwortende	1005	1033	902	953

Die Veränderung zwischen 1997 und 1998 bei den materiell Antwortenden ist signifikant (Kolmogorov-Smirnov Test $D = 0.16$).
 * In der Eurobarometer-Frage war von der Biotechnologie die Rede, in der VOX wurde der Begriff Gentechnologie gewählt. 1997 lauteten die Antwortvorgaben «stimme eher/nicht zu», 1998 war es «einverstanden/nicht einverstanden».

© Eurobarometer 1997 (gewichteter Datensatz); IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.

werden konnte. Im folgenden Kapitel wird nun versucht, das Ausmass und die möglichen Effekte dieser Kampagne direkter zu erheben. Kurz nach dem Urnengang wurden zwei Analysen zur Medienberichterstattung²⁸ publiziert, die mit ihren Resultaten die empirische Basis für eine These der starken Medienwirkung lieferten. Die Befunde lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Das Thema Gentechnologie war überdurchschnittlich stark in den redaktionellen Teilen der Medien präsent.
- Die Inseratekampagne des gegnerischen Komitees war ausgesprochen lange – sie begann mehr als ein Jahr vor der Abstimmung, erreichte im August 1997 einen ersten Höhepunkt und endete im April 1998 mit einer fulminanten Schlussphase. Damit überragte die gegnerische Kampagne diejenige des Pro-Komitees hinsichtlich Dauer und Intensität. Mit ihren Bildinseraten unterstützte sie den Thematisierungswandel hin zur Humanmedizin.
- In selten eindeutigen Bewertungen im redaktionellen Teil der Zeitungen sowie einem überdurchschnittlich hohen Anteil an LeserInnenbriefen manifestierte sich eine ausgeprägte Emotionalisierung; wobei sowohl im redaktionellen als auch im Leserbrief-Teil zuerst die gentechnologie-kritischen Stimmen überwogen, am Schluss gewannen aber die Befürworterinnen und Befürworter eindeutig Oberhand.

Mit den vorliegenden VOX-Daten lässt sich eine Kampagnewirkung via Massenmedien in zweierlei Hinsicht nachweisen (vgl. Tabelle 1.9):

- Erstens, indem man die Stimmberechtigten direkt nach einem möglichen Medieneinfluss befragt und diejenigen Befragten untersucht, die überhaupt einen Einfluss wahrnehmen. Bei diesen Angaben weist der Einfluss auf alle Fälle eher in Richtung für die Gentechnologie (16 Prozent bzw. 18 Prozent).
- Zweitens, indem man die Antworten auf diese Frage im zeitlichen Verlauf analysiert. Im Frühjahr 1997 wurde nämlich der Medieneinfluss noch viel stärker in Richtung der gen-

²⁸ Medien-Monitor (1998), Ausgabe April/Mai/Juni 1998, Bern; Wie Experten, Medien und Laien über Gentechnik debattieren (1998), in: Medieninformation ETHZ, <<http://www.aoa.ethz.ch/medieninfo/>>.

technologie-kritischen Seite rapportiert (26 bzw. 28 Prozent). Bis zum Abschluss der Kampagne im Juni 1998 wendet sich dann der wahrgenommene Einfluss gerade in die gegenteilige Richtung. Damit bestätigen die VOX-Daten die in den Medieninhaltsanalysen angenommene Wirkung. Der festgestellte Thematisierungswandel²⁹ zugunsten der gegnerischen Kampagne entspricht der Wahrnehmung der Rezipienten und Rezipientinnen.

Gleichzeitig relativieren aber die vorliegenden Daten die These der starken Medienwirkung. Eine deutliche Mehrheit der Befragten sowie der materiell Antwortenden (64 bzw. 71 Prozent) ist nämlich der Meinung, dass die Medienberichterstattung keinen Einfluss auf ihre Einstellung zu Bio- und Gentechnologie gehabt hat. Bemerkenswert ist, dass 1998 – nach der Kampagne – diese Einschätzung sogar um signifikante 9 bzw. 11 Prozentpunkte stärker vertreten wird als noch im Jahre 1997, als lediglich 55 bzw. 60 Prozent diese Ansicht äusserten. Nun lässt sich gegen diese hohe Zahl Nicht-Beeinflusster einwenden, dass die Stimmberechtigten – so direkt befragt, und nachdem gerade auch der Stil der Kampagne in den Medien ein Thema war – kaum Beeinflussbarkeit eingestehen. Oder es liesse sich in Anlehnung an bekannte Theorien argumentieren, dass sich gerade in diesem Befund der Erfolg einer langfristigen Kampagne widerspiegeln, indem ein allgemeines Meinungsklima geschaffen wurde, in welchem die direkte Wirkung einzelner Medien nicht mehr sicht- und spürbar ist. Diese Einwände können mit den VOX-Daten weder bestätigt noch falsifiziert werden. Hingegen geben unsere Daten zur Vermutung Anlass, dass vielleicht gar nicht so sehr der Einfluss der Massenmedien (Zeitungen, Fernsehen und Radio) entscheidend war, sondern andere Informationskanäle:

- In der VOX-Nachbefragung geben die Stimmberechtigten zwar eine überdurchschnittlich hohe Nutzung der Printmedien an (78 Prozent), aber herausragend war sie nicht (vgl. *Tabelle 1.10*). Bei den Abstimmungen über den EWR oder den F/A-18 war die Nutzung höher (86 bzw. 80 Prozent). Zudem war die Nutzung des Fernsehens (61 Prozent) sowie des Radios (46 Prozent) im Vorfeld der Gen-Schutz-Abstimmung unterdurchschnittlich.
- Im Gegensatz dazu war aber gerade bei den genuin kampagnespezifischen Medien die Nutzung und Beachtung im Juni 1998 nicht nur überdurchschnittlich, sondern einmalig hoch: Noch nie haben die Stimmberechtigten in der VOX-Nachbefragung beim Bundesbüchlein (55 Prozent), bei den Inseraten (53 Prozent), LeserInnenbriefen (47 Prozent), Abstimmungszeitungen bzw. -drucksachen (43 Prozent) sowie Strassenplakaten (41 Prozent) so hohe Beachtungswerte rapportiert. Die Nutzungsanteile lagen bei diesen typischen Medien der Kampagnenakteure zwischen 6 (Bundesbüchlein) und 19 Prozentpunkten (Strassenplakate) über dem Durchschnitt der letzten 15 Urnengänge.³⁰ Die Nutzung von Direct Mails (19 Prozent) war ebenfalls überdurchschnittlich, aber nicht herausragend.

Für eine Interpretation dieser Nutzungsraten ist der Vergleich unserer Werte mit der EWR-Abstimmung, die allgemein als epochal bezeichnet wird und am Anfang der vorliegenden Erhebungsreihe liegt, sowie mit der vorletzten eidgenössischen Abstimmung vom September 1997 (Drogeninitiative und Arbeitslosenversicherung) aufschlussreich:

²⁹ «Bis Ende 1997 waren die negativen Aussagen zur Gentechnologie (...) stets im Übergewicht. Ab Januar 1998 liefern dann die positiven Aussagen den negativen immer mehr den Rang ab (...).», aus: Medientenor, S. 6. «Bei den ebenfalls untersuchten Inseratekampagnen zeigt sich generell die stärkere Präsenz der Initiativgegner. Deren Inseratekampagne unterstützte den Thematisierungswandel hin zu Medizin/Gesundheit/Arbeit», aus: Medieninformation, S. 4.

³⁰ Wir beschränken uns auf diese Urnengänge, weil seit Dezember 1992 die Mediennutzung konstant mit dieser Fragebatterie erhoben wird.

Tabelle 1.10: Nutzungsanteile von verschiedenen Medien beim Urnengang vom 7. Juni und im Vergleich (Angaben in Prozent der Stimmberechtigten)

«Wie haben Sie sich während des Abstimmungskampfes orientiert? Durch welche Medien haben Sie vom Pro und Kontra vernommen. Sagen Sie mir bitte jeweils, was Sie persönlich zur Information über die verschiedenen Standpunkte benutzt haben oder nicht?»	Urnengang Juni 98	Durchschnitt Dez. 92–Sept. 97 (15 Urnengänge)	Urnengang Dez. 92	Urnengang Sept. 97
Zeitungen	78	71	86	73
Fernsehen	61	66	84	64
Radio	46	51	64	47
Bundesbüchlein	55	49	49	52
LeserInnenbriefe	47	37	44	46
Inserate	53	36	52	39
Abstimmungszeitungen/-drucksachen	43	28	32	41
Strassenplakate	41	22	21	35
Informationen Arbeitsplatz	16	16	19	17
Direct Mail	19	11	11	18
Standaktionen	11	6	6	10

Fett: höchster je erhobener Wert.
Kursiv: überdurchschnittlicher Wert.
© IPZ/GfS: VOX-Datenbank eigene Berechnungen; VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.

- Im Vergleich zur Gen-Schutz-Initiative zeichnete sich die EWR-Abstimmung durch eine ausgeprägtere Nutzung der klassischen Medien aus (Zeitungen 86 Prozent; Fernsehen 84 Prozent; Radio 64 Prozent). Der damalige Diskurs hatte damit stärker öffentlichen Charakter als bei der vorliegenden Abstimmung.
- Umgekehrt hatte bereits bei der Abstimmung vom letzten September die Beachtung von kampagnespezifischen Medien zum Teil Höchstwerte erreicht – beim Bundesbüchlein 52 Prozent, bei Strassenplakaten 35 Prozent, bei LeserInnenbriefen 46 Prozent. Die Nutzung von Abstimmungszeitungen und -drucksachen (39 Prozent) bzw. Direct Mails (18 Prozent) lag jeweils auf dem zweithöchsten je erhobenen Rang.³¹

Damit bleibt die Frage offen, ob hinter den Kampagnenanstrengungen im Umfeld der Gen-Schutz-Initiative auch ein allgemeiner Trend liegt, der selbst in der Wissenschaft häufig mit dem Schlagwort «Amerikanisierung»³² der Kampagnen umschrieben wird. Die Antwort darauf werden erst nachfolgende Abstimmungsanalysen geben können. Mit der vorliegenden VOX lassen sich höchstens Charakteristika und Wirkungen dieses allfälligen Trends herauschälen: Die

³¹ Noch höher war die Nutzung dieser Medien anlässlich der umstrittenen Abstimmung über das Arbeitsgesetz im Dezember 1996.

³² Vgl. zum Beispiel Radunski, Peter (1996), Politisches Kommunikationsmanagement. Die Amerikanisierung der Wahlkämpfe, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Politik überzeugend vermitteln. Wahlkampfstrategien in Deutschland und den USA, Gütersloh, S. 33–52.

Tabelle 1.11: Bedeutungszuschreibungen der Stimmberechtigten für die drei Vorlagen vom 7. Juni

Vorlage /Zeitpunkt	«Sprechen wir jetzt von der Bedeutung, welche die Abstimmungen vom 7. Juni für Sie persönlich/für unser Land hatten. Nehmen wir zuerst die Initiative über die Gentechnologie, die ja ein Bestandteil der modernen Biotechnologie ist. Manche halten diese Dinge, die mit der modernen Bio- und Gentechnologie zusammenhängen für sehr wichtig, andere dagegen nicht. Wie wichtig sind diese Dinge für Sie persönlich/für unser Land? Nennen Sie mir dafür eine Zahl zwischen 1 und 10.»			
	Mittelwert	Häufigster Wert	Zentralwert*	n
Gen-Schutz für unser Land	8.1	10	9	949
Haushalt 2001 für unser Land	7.9	10	8	904
Gen-Schutz für Sie persönlich 1998**	6.9	10	8	964
Gen-Schutz für Sie persönlich 1997	6.5	8	7	996
Haushalt 2001 für Sie persönlich	6.1	5	6	911
S.o.S. für unser Land	6.1	5	6	851
S.o.S. für Sie persönlich	4.9	5	5	882

* Der Zentralwert teilt eine Verteilung in genau zwei Hälften.
 ** Die Zunahme zwischen 1997 und 1998 ist signifikant (Mann-Whitney Test $U = 421\ 867$; $W = 1001478$; $p < 0.000$).
 © Eurobarometer 1997; Schweizer Erhebung 1997; IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.

dauerhafte Inanspruchnahme von PR-Beratern und Werbeagenturen; die vermehrte Präsenz der von diesen Akteuren eingesetzten Medien und damit verbunden eine tendenzielle Verlagerung des politischen Diskurses von einer allgemeinen Öffentlichkeit in den Massenmedien hin zu zielgruppenspezifischen Teilöffentlichkeiten (Abstimmungszeitungen und Direct Mails), und schliesslich als Effekt von alledem ein gezieltes Ereignis- und Themenmanagement.

Der Erfolg dieses Themenmanagements lässt sich anhand zweier zeitlicher Vergleiche festmachen:

- 1997, im Rahmen der Eurobarometer-Studie zur persönlichen Wichtigkeit der Gen-Schutz-Initiative befragt, gaben die Stimmberechtigten auf einer Skala von 1–10 im Durchschnitt den Wert 6.45 an (vgl. Tabelle 1.11). Der häufigste Wert, der damals gewählt wurde, war 8. Nach einem Jahr Kampagne war diese Bedeutungszuschreibung deutlich höher. Der häufigste in der VOX rapportierte Wert beträgt 10. Unmittelbar nach dem Urnengang messen die Stimmberechtigten der Gen-Schutz-Initiative mehr Bedeutung zu als dem Haushaltsziel – eine Vorlage, die immerhin das Defizit des Bundeshaushaltes zum Inhalt hatte.
- Im Argumententest wurde das Themenmanagement bereits anhand der hohen Unterstützung zum Argument «Die Gentechnologie ermöglicht neue Methoden zur Bekämpfung von Aids, Krebs und anderen Krankheiten» diskutiert (77 Prozent Einverständnis). Mit einem zeitlichen Vergleich lässt sich nun die These des Thematisierungswandels auch empirisch untermauern: 1992, unmittelbar nach der Abstimmung über den Verfassungsartikel zur Fort-

Tabelle 1.12: Einstellung zur Gentechnologie in ausgewählten Bereichen und Stimmverhalten (Prozentangaben)

Anwendungs-/Einsatzgebiet der Gentechnologie	Befürworten / Stimmabgabe	Ablehnen / Stimmabgabe	Unentschieden; k. Angabe / Stimmabgabe
«Befürworten Sie ... eher ..., oder lehnen Sie eher ab ...?»	Stimmende (Stimmberechtigte)		
– den Einsatz von Gentechnologie bei Tieren	30 (26)	57 (59)	13 (16)
	↓	↓	↓
	Stimmabgabe JA: 6	Stimmabgabe JA: 52	Stimmabgabe JA: 21
	Stimmabgabe NEIN: 94	Stimmabgabe NEIN: 48	Stimmabgabe NEIN: 79
– die Anwendung von Gentechnologie in der Medizin	79 (77)	13 (12)	9 (12)
	↓	↓	↓
	Stimmabgabe JA: 21	Stimmabgabe JA: 89	Stimmabgabe JA: 71
	Stimmabgabe NEIN: 79	Stimmabgabe NEIN: 11	Stimmabgabe NEIN: 29
<p>Lesebeispiel: 57% der Stimmenden und 59% der Stimmberechtigten lehnen den Einsatz von Gentechnologie bei Tieren eher ab. Von den Stimmenden, die angeben, sie seien grundsätzlich eher für Gentechnologie bei Tieren, haben 94% mit Nein gestimmt. Von den Stimmenden, die eher kritisch gegenüber der Gentechnologie bei Tieren eingestellt sind, haben effektiv auch 52% die genkritische Initiative unterstützt; ganze 48% haben aber die Initiative dennoch verworfen. Kursiv gedruckte Angaben: konsistentes Verhalten (Einstellung – Stimmverhalten).</p> <p>© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.</p>			

pflanzungs- und Gentechnologie, haben dem genau gleichen Argument noch 21 Prozent der Stimmberechtigten widersprochen und lediglich 57 Prozent zugestimmt. Bis zum Abschluss der Kampagne gegen die «Gen-Verbots-Initiative» ist also die Unterstützung um signifikante 20 Prozentpunkte angestiegen. Offensichtlich sehr effektiv hat die gegnerische Kampagne von negativ besetzten Bildern wie genmanipulierten Mäusen abgelenkt und mit ihren personalisierten Bildinserten das Augenmerk auf immun-, nieren- oder krebserkrankte Menschen gelenkt, die dank gentechnisch hergestellten Medikamenten erfolgreich behandelt wurden.

Damit zeigt sich noch einmal, dass das negativ besetzte Thema «Tierversuch» vom positiv besetzten Thema «Humanmedizin» überlagert worden ist – jedoch nicht abgelöst. Grundsätzlich sind nämlich die Schweizer Stimmberechtigten und selbst die Urnengängerinnen und Urnengänger vom 7. Juni 1998 gegenüber dem Einsatz von Gentechnologie bei Tieren eher kritisch eingestellt. 59 bzw. 57 Prozent lehnen die Anwendung in diesem Bereich eher ab. Der Erfolg der Kampagne liegt darin, dass diese kritische Haltung in vielen Fällen nicht in ein Ja zur Initiative gemündet ist: Beinahe die Hälfte der kritisch Eingestellten (48 Prozent) hat dennoch Nein zur Initiative gesagt (vgl. Tabelle 1.12).

Tabelle 1.13: Grundsätzliche Haltung gegenüber der Gentechnologie und Stimmverhalten (Spaltenprozent)

«Ganz grundsätzlich, befürworten Sie Gentechnologie eher oder lehnen Sie sie eher ab?»	«Ganz grundsätzlich, befürworten Sie Gentechnologie eher oder lehnen Sie sie eher ab?»	Haltung gegenüber Gen-Schutz-Initiative
Befragte Stimmberechtigte	Befragte UrnengängerInnen	Effektive Stimmenanteile
Eher dafür: 51 Eher dagegen: 33 Unentschieden: 17	Eher dafür: 56 Eher dagegen: 32 Unentschieden: 12	Gegen Initiative: 66.7 Für Initiative: 33.3
© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.		

Deshalb können die beinahe 66.7 Prozent Nein-Stimmen beim Urnengang vom 7. Juni keineswegs als grundsätzliche, vorbehaltlose Zustimmung zur Gentechnologie interpretiert werden. Neben dem tatsächlichen Stimmverhalten wurde in der vorliegenden VOX auch die grundsätzliche Haltung der Befragten gegenüber der Bio- und Gentechnologie erhoben (vgl. Tabelle 1.13). Hier zeigt sich, dass höchstens 51 Prozent der Stimmberechtigten oder 56 Prozent der Urnengängerinnen und Urnengänger als grundsätzliche Befürworter der Gentechnologie bezeichnet werden können. Unter den Stimmberechtigten insgesamt ist keine eindeutig positive Haltung vorhanden. Angesichts des Stichprobenfehlers bleiben die absoluten Mehrheitsverhältnisse offen; ein Drittel bezeichnet sich ablehnend und 17 Prozent sind unentschieden.

2. Der Bundesbeschluss über Massnahmen zum Haushaltsausgleich (Haushaltsziel 2001)

2.1 Ausgangslage

Seit Beginn der 90er Jahre schreibt der schweizerische Bundeshaushalt Defizite. Der Schuldenberg hat sich seither mehr als verdoppelt; allein zur Deckung der 100 Milliarden Schulden werden 1998 3,4 Milliarden Franken Schuldzinsen bezahlt. Mit dem vom Parlament mit grossem Mehr verabschiedeten Verfassungsartikel zum «Haushaltsziel 2001» sollte die Legislative zu mehr Ausgabendisziplin verpflichtet werden. Die Zielvorgabe lautete: Schrittweise Reduktion des Defizits bis zum Jahr 2001 auf maximal eine Milliarde (also höchstens 2 Prozent der Einnahmen). Sollte das Ziel nicht erreicht werden, müsste die Regierung dem Parlament ein Sparpaket zur Verabschiedung vorlegen; das Parlament wäre an die Höhe der Sparvorgabe gebunden. Linke und Gewerkschaften kritisierten an diesem Vorschlag nicht das Ziel, sondern den Zeitplan und die Mittel. Mit dem Haushaltsziel 2001 würde zu einseitig auf Sparmass-

nahmen gesetzt. Unter Verzicht zusätzlicher Einnahmen und Steuern – so die Kritik weiter – würde das Budget dort reduziert, wo kurzfristig umsetzbare Sparmassnahmen überhaupt möglich seien – namentlich bei den Sozialversicherungen. Darüber hinaus wurde bemängelt, die Sparpolitik würde die Krise verschärfen und der Verfassungsartikel schränke die Budgetkompetenz des Parlaments zu stark ein.

Im April vor der Abstimmung fanden Bundesrat, Kantone, Sozialpartner und Parteien in Gesprächen am runden Tisch zu einem Kompromiss in der Umsetzung der Sparziele und stellten der Öffentlichkeit ein Stabilisierungsprogramm vor. Sozialdemokraten und Gewerkschaften zogen nur mit, weil sie neben Einsparungen beim Militär auch Mehreinnahmen durchsetzen konnten (zusätzliche Ausschüttungen der Nationalbank, zusätzliche Abschöpfung höherer Einkommen bei der Arbeitslosenversicherung sowie Bekämpfung von Steuerschlupflöchern). Munitioniert mit den Ergebnissen des runden Tisches lautete jetzt das Argument, das Haushaltsziel sei überholt. Die Befürworter des Haushaltsziels wiederum kritisierten dieses Vorgehen als inkonsequent und verantwortungslos. Zum «Sparen braucht es den Zwang» hielt das Schweizerische Komitee «JA-zum Haushaltsziel 2001» fest. Die Mehrheit der Parteien und Verbände folgte dieser Parole.

2.2 Entscheidungsfindung und Wahrnehmung: die Komplexitätsreduktion einer Vorlage

Finanzpolitische Vorlagen gehören zu jenen Vorlagen, welche die Bürgerinnen und Bürger besonders herausfordern. Mit der Form der reinen Behördenvorlage (obligatorisches Referendum), dem hohen Abstraktionsgrad der nackten Zahlen und mit der entsprechenden Komplexität der Fragestellung sind oft Entscheidungsschwierigkeiten und geringe Kenntnis bei den Stimmberechtigten verbunden.³³ Im vorliegenden Fall bestätigt sich dieser Befund insofern, als in der VOX-Nachanalyse viele Befragte Mühe haben, das Thema der Abstimmung zu nennen. 57 Prozent der Befragten können bei einer entsprechenden Frage den Gegenstand der Vorlage nicht wiedergeben. Dabei liefert der Vergleich mit den anderen zwei Vorlagen die Relationen zur Interpretation dieser Werte: Bei der viel diskutierten Gen-Schutz-Initiative können mehr als zwei Drittel der Stimmberechtigten (65 Prozent) das Thema der Vorlage nennen. Gerade umgekehrt sind die Verhältnisse bei der in der Abstimmungskonstellation absolut zweitrangigen S.o.S.-Initiative: 65 Prozent können das Thema nicht wiedergeben.

Auch wenn die Resultate zu dieser einfachen Wissensfrage für das Modell der direkten Demokratie nicht gerade Werbung machen, aus Sicht der Stimmberechtigten schien die Abstimmung über das Haushaltsziel eher unproblematisch. Jedenfalls legten sie, zur Entscheidungsschwierigkeit befragt, nicht überdurchschnittliche Schwierigkeiten offen: Beinahe die Hälfte der Befragten (48 Prozent) ist der Ansicht, der Entscheid sei eher leicht gewesen; 30 Prozent beurteilen die Entscheidungsfindung als eher schwierig. Damit bewegt sich der wahrgenommene Schwierigkeitsgrad sehr nahe beim Durchschnittswert der letzten 29 Abstimmungsvorlagen (51 Prozent als

³³ Wälti, Sonja (1993), La connaissance de l'enjeu, in: Kriesi, Hanspeter (Hrsg.), *Citoyenneté et démocratie direct. Compétence, participation et décision des citoyens et citoyennes suisse*. Zürich, S. 25–75.

Tabelle 2.1: Inhaltliche Wahrnehmungen der Stimmberechtigten zum Haushaltsziel 2001

Wahrnehmungen	% der Antwortenden	n
<i>Allgemeine, unspezifische Wahrnehmungen</i>		
Schulden begrenzen, Schuldenberg abbauen, sparen, Defizit verkleinern	28	182
Bundesfinanzen ausgleichen, Sparziel des Bundes, Bundeskasse sanieren	21	136
Ausgabenbremse, Ausgabenwachstum in Griff bekommen, Kürzungen Bundesauslagen	8	50
Diverse, allgemeine Wahrnehmungen	7	46
<i>Spezifische Wahrnehmungen</i>		
Haushaltsausgleich 2001, plafoniert auf 2001	7	45
Beschränkung des Defizits (mit Zahlen und/oder Fristen)	4	20
Diverse unpräzise Wahrnehmungen	8	90
Weiss nicht	29	193
Total % der Antwortenden, (n = 657)/Antworten	111	729
Insgesamt haben 657 Antwortende in Mehrfachantworten 729 Angaben gemacht. Weil Mehrfachantworten möglich, sind steigt das Total der Prozente auf über 100 an (Abweichungen vom Total – 111% – ergeben sich aufgrund von Rundungen). © IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.		

eher leicht; vgl. dazu auch Kapitel 5).³⁴ Zudem ist die Entscheidungsschwierigkeit unter den Urnengängerinnen und Urnengängern nochmals beträchtlich kleiner, von ihnen stufen 66 Prozent den Entscheid als eher leicht ein. Offenbar kann in einem vielschichtigen Wirkungsmechanismus das Problem der Komplexität einer Vorlage entschärft werden. Wir möchten hier auf folgende Punkte dieses Mechanismus aufmerksam machen:

- Erstens gilt es, auf Differenzierungen bei diesem Problem aufmerksam zu machen. Neben dem bekannten Phänomen, wonach die Kenntnis zum Vorlagenthema mit zunehmendem sozioökonomischen Status zunimmt,³⁵ ist auch die politische Involvierung und das Informationsverhalten der Stimmberechtigten mit der Kenntnis in Zusammenhang zu bringen: Bei den regelmässigen Urnengängerinnen und Urnengängern beträgt die Kenntnisrate 59 Prozent; bei den politischen Meinungsführerinnen und Meinungsführern³⁶ 58 Prozent und

³⁴ Der Rest kann sich nicht entscheiden oder macht keine Angaben auf diese Frage. Zum Vergleich: Die knapp verworfene Vorlage zum Verfassungsartikel über die Landwirtschaft im März 1995 löste weit mehr Unsicherheit aus: 55 Prozent der Stimmberechtigten war damals der Entscheid schwer gefallen. Effektiv handelt sich um den höchsten Schwierigkeitsgrad, der bei den letzten 29 Vorlagen beobachtet wurde.

³⁵ Von den Angehörigen der obersten Bildungsschicht nennen 50 Prozent das Thema; bei den Befragten mit einem monatlichen Einkommen von über 9000 Franken sind es 55 Prozent. Umgekehrt sind es bei den unteren Bildungs- und Einkommensschichten 32 Prozent bzw. 34 Prozent.

³⁶ Als politische Meinungsführerinnen und -Meinungsführer werden Personen verstanden, die oft an politischen Diskussionen teilnehmen, oft um ihre Meinungen gefragt werden und auch oft versuchen, andere von ihrer Meinung zu überzeugen.

bei den Stimmberechtigten, welche für die Information Print- und elektronische Medien sowie das Bundesbüchlein gleichzeitig nutzen, 56 Prozent. Allerdings ist der Zusammenhang bei Printmedien und Radio vor allem derart gestaltet, dass wer die Medien nicht nutzt, besonders tiefe Kenntnis hat, bei den Nutzerinnen und Nutzern steigt hingegen die Kenntnis nicht markant an. Deshalb ist von den vier genannten Informationsmitteln vor allem auch das Bundesbüchlein wichtig: Wer dieses Medium genutzt hat, nennt das Abstimmungsthema zu 56 Prozent.

- Anstatt sich differenziert und entsprechend zeitaufwendig mit einem Thema auseinanderzusetzen, kann man sich auch an Empfehlungen und Stellungnahmen von Dritten orientieren. Beim Haushaltsziel war das durchaus möglich: 66 Prozent der Stimmberechtigten oder 85 Prozent der Teilnehmenden kennen die Empfehlung des Bundesrates. Dabei wird wiederum im Vergleich deutlich, mit welcher Wirkung Bundesrat Villiger sein persönliches Gewicht in der Kampagne eingebracht hat. Die Parole zur viel beachteten Gen-Schutz-Initiative war kaum mehr Teilnehmenden bekannt (87 Prozent).
- Komplexitätsreduktion fand auch bei der inhaltlichen Wahrnehmung der Vorlage statt. Im wesentlichen konzentrieren sich die Inhaltsangaben der Stimmberechtigten auf die zwei allgemeinen Ziele: Den Abbau der Schulden bzw. des Defizit einerseits (28 Prozent der Antwortenden); die Sanierung der Bundesfinanzen andererseits (21 Prozent). Spezifischere Angaben zur Defizitbeschränkung in Form von genauen Zahlen oder Fristen (4 Prozent) oder Bezüge zu den Verhandlungen des runden Tisches werden kaum gemacht.³⁷
- Schliesslich gibt es Personen, die das Problem der Komplexität oder Ambivalenz so lösen, dass sie nicht am Abstimmungsprozess teilnehmen. Wer keine oder falsche Kenntnisse über die Parole des Bundesrates zum Haushaltsziel 2001 hatte, blieb mehrheitlich zu Hause (74 Prozent). Wer auf die Frage der Entscheidungsschwierigkeit nicht mit «eher leicht» antworten konnte, hielt sich ebenfalls oft der Urne fern (60 Prozent).

2.3 Das Abstimmungsprofil

Bereits im Vorfeld der Abstimmung zeichnete sich das Abstimmungsprofil beim Haushaltsziel ab. Der deutlich befürwortenden Mehrheit im Parlament und im Parolenspiegel stand eine vergleichsweise kleine Oppositionsgruppe bestehend aus SPS, GPS und Gewerkschaften sowie einigen kleineren Organisationen wie die Lega dei Ticinesi oder die CSP gegenüber. Diese Polarisierung bei generell breiter Zustimmung bestätigte sich dann in den effektiven Abstimmungsergebnissen: Zwar war die Unterstützung mit einem Ja aller Stände und einem Volksmehr von 70.7 Prozent beachtlich hoch, Differenzen wurden aber dennoch ersichtlich. Der Unterschied zwischen dem Kanton Jura (52 Prozent Ja) und dem Kanton Appenzell Innerrhoden (81 Prozent Ja) betrug 29 Prozentpunkte.

Die Homogenität und hohe Zustimmung beim Haushaltsziel widerspiegelt sich vorerst darin, dass viele gesellschaftliche Merkmale wie das Geschlecht, die Schulbildung, der Erwerbsgrad, die berufliche Stellung, das monatliche Haushaltseinkommen oder das Alter in keinem signifikanten Zusammenhang mit dem Abstimmungsverhalten stehen. Angesichts der Tatsache, dass

³⁷ Der Bezug zum runden Tisch wird weniger als 10mal gemacht.

die Gegnerschaft gegen den Verfassungsartikel vor allem den Einwand der sozialen Unverträglichkeit erhob, sind damit vor allem zwei Punkte hervorzuheben:

- Mit dem Gegen-Argument der sozialen Unverträglichkeit wurde speziell auch versucht, die Rentenbezügerinnen und -bezüger zu mobilisieren. Weder die weiblichen noch die männlichen Rentner votieren aber besonders stark gegen die Vorlage, eher im Gegenteil: Die 65jährigen und älteren Männer sagen zu 82 Prozent Ja; von den weiblichen Stimmberechtigten über 61 Jahren stimmen 85 Prozent zu.³⁸
- Insgesamt stimmen die ökonomisch weniger gut gestellten Schichten nicht signifikant anders als die Privilegierten. Einzig bei der Variable «Wohnverhältnisse» lässt sich ein schwacher Zusammenhang feststellen, wonach Personen, die in Miet- und Pachtverhältnissen oder Genossenschaftswohnungen leben, das Haushaltsziel nicht ganz so ausgeprägt (71 Prozent Ja) unterstützen wie der Durchschnitt (vgl. Tabelle 2.2).

Aus Tabelle 2.2 wird ersichtlich, dass das Sanierungspaket 2001 vor allem entlang sprach-regionaler und politischer Variablen polarisiert hat:

- Dem Bild der breiten gesellschaftlichen Akzeptanz widerspricht dem bereits in den Kantons- und Gemeinderesultaten ersichtlichen Gegensatz zwischen den Sprachregionen (in der deutschen Schweiz sagten 74 Prozent Ja, in der Romandie 61 Prozent und in der italienischen Schweiz 62 Prozent). In der VOX-Nachbefragung manifestiert sich diese Differenz ebenfalls und der Motiv- und Argumententest kann Aufschluss darüber geben, was sich dahinter verbirgt.
- Das bürgerliche Lager steht sehr geschlossen hinter dem Haushaltsziel. Die bürgerliche Mitte sagt prononciert Ja zum Sanierungsprogramm (mit 87 Prozent bei den bürgerlichen Parteien oder 84 Prozent auf der Mittepositionen der Links-Rechts-Achse). Auch innerhalb des Regierungslagers (CVP, SVP und FPD) sind keine namhaften Divergenzen ersichtlich. Als Tendenz ist höchstens eine besonders starke Unterstützung bei der FDP ablesbar.³⁹ Die kritischen Stimmen zum Sanierungsprogramm stammen somit und wenig überraschend aus dem politisch rot-grünen Lager: Hier liegt die Unterstützung mit 61 Prozent bei den Rot-Grünen, mit 60 Prozent bei den politisch stark links und links Orientierten,⁴⁰ mit 58 Prozent der SPS, PdA oder FRAP-WählerInnen⁴¹ oder ebenfalls 58 Prozent bei den der Gewerkschaftsbewegung nahestehenden Personen um beinahe 20 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt. Für eine entscheidende Beeinflussung der effektiven Mehrheitsverhältnisse genügte das allerdings nicht. Dafür ist die Oppositionsgruppe nicht nur insgesamt zu klein, sie ist auch in sich zu wenig geschlossen. Selbst im rot-grünen Lager sagen noch Mehrheiten Ja zum Haushaltsziel.⁴²

³⁸ Bei den weiblichen Stimmberechtigten ist der Unterschied zwischen Befragten im Rentenalter und den übrigen Stimmberechtigten signifikant (Cramer's $V = 0.13$); bei den männlichen Stimmberechtigten ist kein signifikanter Zusammenhang nachweisbar.

³⁹ Aufgrund der beschränkten Fallzahlen sind die Differenzierungen nach Parteien lediglich als Tendenz zu interpretieren: Bei der FDP-Wählerschaft sagen 90 Prozent ja ($n = 61$); bei SVP und CVP 85 bzw. 84 Prozent ($n = 41$ bzw. 38).

⁴⁰ Aufgrund der beschränkten Fallzahl wurden die in Tabelle 2.2 aufgeführten Kategorien (links aussen, links bzw. rechts und rechts aussen) nochmals zusammengefügt. Zusammen beträgt die Unterstützung der Linken 60 Prozent ($n = 125$). Cramer's V beträgt bei dieser Kategorisierung 0.24.

⁴¹ $n = 83$.

⁴² Diese Aussage bleibt selbst unter Berücksichtigung der insgesamt geringen Fallzahl bzw. der grossen Stichprobenfehlers für diese Subgruppen gültig. Einzig bei den Kategorien «Gewerkschaftsmitgliedschaft» und «SPS, FRAP, PdA»-WählerInnen wäre theoretisch auch eine Nein-Mehrheit denkbar (Stichprobenfehler ± 8.8 bzw. 10.6).

Tabelle 2.2: Das Stimmverhalten beim Haushaltsziel nach politischen und gesellschaftlichen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	% Ja-Stimmen	n	Cramer's V
Total effektiv	70.7		
Total VOX	76		
<i>Politische Lager nach Parteien**</i>			0.28
Rot-Grüne	61	92	
Bürgerliche Mitte	87	113	
Rechtsbürgerliche	83	47	
<i>Links-Rechts-Orientierung**</i>			0.27
Links aussen	(46)	33	
Links	65	92	
Mitte	84	176	
Rechts	80	112	
Rechts aussen	89	44	
<i>Sprachregion**</i>			0.25
Deutsche Schweiz	82	379	
Romanische Schweiz	57	131	
<i>Mitgliedschaft/Sympathie Gewerkschaft**</i>			0.24
Mitgliedschaft/Mitgliedschaft vorstellbar	58	122	
Mitgliedschaft unvorstellbar/	82	376	
keine Mitgliedschaft			
<i>Wirtschaftspolitik**</i>			0.22
Mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft (1,2)	55	33	
Gemischt	(3,4)	169	
Mehr Wettbewerb auf dem Markt	(5,6)	266	
<i>Wohnverhältnisse*</i>			0.11
Miete, Pacht, Genossenschaft	71	251	
Eigentum	80	251	
<p>Die in Klammern angegebenen Kategorien sind als Tendenz zu interpretieren, da die Anzahl Nennungen bzw. das Vertrauensintervall keine quantitativen Schlüsse zulässt.</p> <p>** hoch signifikant ($p < 0.01$); * signifikant ($p < 0.05$). Vgl. auch Methodischer Steckbrief.</p> <p>© PtZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.</p>			

- Für die insgesamt starke Unterstützung der Vorlage liefern Wertvorstellungen über eine schweizerische Wirtschaftspolitik wichtige Erklärungshilfen. Wenn nämlich die Stimmberechtigten 1998 gefragt werden, ob sie sich eine Schweiz mit mehr Staatseingriffen oder eine Schweiz mit mehr Wettbewerb auf dem Markt wünschen, dann fällt die Entscheidung eindeutig zugunsten letzterem: Fast ein Drittel (31 Prozent) reiht sich auf einer vorgegebenen Skala von 1–6 bei Punkt 6 für mehr Wettbewerb ein; weitere 19 Prozent bei Punkt 5. Für mehr

Staatseingriffe plädieren lediglich 9 Prozent.⁴³ Nachdem das Schweizerische Komitee «JA – zum Haushaltsziel» die derzeitige volkswirtschaftliche Stagnation auch mit der «wachsenden staatlichen Einmischung in das Wirtschaftsleben»⁴⁴ erklärt hatte, wurde das Haushaltsziel 2001 offensichtlich auch als eine Vorlage wahrgenommen, die dem Spiel marktwirtschaftlicher Kräfte gegenüber staatlichem Interventionismus den Vorzug gab.

- Auch in einem explorativen Test, der den Einfluss der Variablen auf das Stimmverhalten gleichzeitig testet, bleiben die politischen Merkmale wie Links-Rechts-Orientierung, Gewerkschafts-Sympathie bzw. -Mitgliedschaft sowie die Wertvorstellung zur schweizerischen Wirtschaftspolitik einerseits, und die Zugehörigkeit zur Sprachregion andererseits die wichtigsten erklärenden Variablen. Deshalb kann man annehmen, dass sich hinter dem bei der Analyse der Gemeinderesultate festgestellten Zusammenhang von Reichtum der Gemeinden und Ja-Stimmenanteil ebenfalls eine politische Werthaltung verbirgt. Jedenfalls verfechten die Stimmberechtigten mit dem höchsten haushaltlichen Monatseinkommen (über 9000 Franken) auch überdurchschnittlich stark das Prinzip des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs.

2.4 Der Argumententest

Der VOX-Argumententest zeigt, dass das Schweizerische Komitee «Ja-zum Haushaltsziel 2001» ein überzeugendes Argumentarium entwickelt hat:⁴⁵

- Die drei zentralen Argumente der Kampagne finden die Zustimmung breiter Kreise. Zwischen 84 und 76 Prozent der Stimmberechtigten stimmen den Argumenten 1, 2 und 4 zu; unter den Urnengängerinnen und Urnengängern klettert die Unterstützung bis auf 88 Prozent (Argument 1).⁴⁶ Dabei wird das Ausmass der Unterstützung vor allem dann ersichtlich, wenn man das Antwortverhalten von zwei Gruppen analysiert: In allen politischen Lagern finden die Argumente der leeren Kassen und der Schuldzinsen fast ähnlich hohe Zustimmung. Von der rot-grünen Wählerschaft sind 81 Prozent mit Argument 1 einverstanden, bei der bürgerlichen Mitte sind es 91 Prozent und im rechtsbürgerlichen Lager 92 Prozent. Ähnliche Relationen ergeben sich beim Argument 2, die entsprechenden Zustimmungsraten betragen: 84 Prozent (rot-grün) und jeweils 88 bzw. 87 Prozent für die bürgerliche Mitte und das rechtsbürgerliche Lager. Das heisst mit anderen Worten auch, dass selbst die Nein-Stimmenden sehr häufig Einverständnis bekunden: Beim Argument 2 (Schuldzinsen) sind es 80 Prozent; beim Argument 1 (leere Kassen) 78 Prozent.
- Die Argumente der Befürworterschaft zeichnen sich nicht nur durch die allgemein hohe Zustimmungsraten aus, im Vergleich mit den gegnerischen Argumenten fällt auch die ausgeprägtere Verhaltenskonsistenz auf. Das heisst, wer den Argumenten der Pro-Seite zustimmt, stimmt mit hoher Wahrscheinlichkeit (zwischen 78 und 84 Prozent) auch Ja. Das Umgekehrte

⁴³ Skalenpunkte 1 und 2 zusammengenommen. Das arithmetische Mittel der Variable «Wirtschaftspolitik» beträgt 4.5; der häufigste Wert (Mode) ist 6; der Median beträgt 5.

⁴⁴ Schweizerisches Komitee «JA-zum Haushaltsziel 2001», 23. April 1998.

⁴⁵ Die in Tabelle 2.3 getesteten Argumente 1, 2 und 4 waren in der Broschüre «10 Gründe für Ihr JA zum Haushaltsziel 2001» an prominentester Stelle auf Platz 1 bis 3 aufgeführt; Argument 4 lehnt sich an Punkt 10 der genannten Broschüre an.

⁴⁶ Die Unterstützung seitens der Urnengängerinnen und Urnengänger bei den anderen Argumenten beträgt: 87 Prozent (Argument 2); 78 Prozent (Argument 4); 76 Prozent (Argument 3).

Tabelle 2.3: Pro- und Kontra-Argumente zum Haushaltsziel (Prozentwerte und Prozentpunkte)

Argumente, Statements	einver- standen	nicht einver- standen	unent- schie- den	Cramer's V (Signifi- kanz)	Verhal- tenskon- sistenz ^a (Rang)	Trenn- funk- tion ^b (Rang)
	n = Stimmberechtigte			n = mat. Stimmende		
<i>Pro-Argumente</i>						
1) Gesunde öffentliche Finanzen sind eine Voraussetzung für die soziale und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von der Schweiz. Mit leeren Kassen kann man keinen Staat machen.	84	4	11	0.23 (**)	79	54
2) Die rasant wachsenden Schulden müssen gebremst werden, weil die 9 Millionen Franken Schuldzinsen, wo wir jeden Tag bezahlen, fehlen bei anderen staatlichen Leistungen wo's dringend braucht.	82	5	13	0.14 (**)	78	31
3) Mit dem Haushaltsziel 2001 werden die Politiker in Bern endlich in die Pflicht genommen. Statt leerer Versprechungen und immer mehr Ausgaben ist jetzt Handeln angesagt.	70	9	21	0.45**	84	60
4) Ein Staat, wo ständig auf Pump lebt, weckt kein Vertrauen. Wenn der Bund seine Finanzen wieder ins Lot bringt, dann nimmt auch das Vertrauen in die Politik wieder zu.	76	11	13	0.27**	81	35
<i>Kontra-Argumente</i>						
1) Bei diesen globalen Ausgabenkürzungen bleibt die Frage offen, wo nachher wirklich gespart wird. Mit dem Haushaltsziel 2001 kaufen wir die Katze im Sack.	36	31	33	0.45	46	39
2) Die bürgerliche Sparhysterie schießt weit über das Ziel hinaus und gefährdet den zarten wirtschaftlichen Aufschwung, wo jetzt langsam wieder einsetzt.	32	39	30	0.38	44	33
3) Anstatt eine Ausgabenbremse anzulegen, sollte man eher dem Bund mehr Einkünfte verschaffen.	29	50	21	0.29	41	26
^a Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele Personen, die sich mit einem Pro-Argument (Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (nein) stimmen. ^b Trenn-Funktion liegt dann vor, wenn sehr viele, die mit diesem Pro-Argument (Kontra-Argument) einverstanden sind, ja (nein) stimmen, aber nur sehr wenige, die das Argument nicht unterstützten. Die daraus resultierende Differenz in Prozentpunkten widerspiegelt die Höhe der Trennfunktion. ** hoch signifikant (p < 0.01); Angaben in Klammern = begrenzte Anzahl Fälle in einzelnen Zellen. © IPZ/GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.						

ist für die gegnerische Seite nicht der Fall. Selbst bei den Personen, die von den genannten Einwänden überzeugt waren, stimmen nur zwischen 41 und 46 Prozent Nein; Mehrheiten sprechen sich dennoch für das Sanierungsprogramm aus.

Die zentralen Einwände von SP und Gewerkschaften gegen das Haushaltsziel waren vor allem wirtschafts- und sozialpolitisch motiviert. Das Programm wurde als wirtschaftspolitisch problematisch kritisiert, weil eine Sparpolitik die Krise verschärfe und den einsetzenden Aufschwung verzögere (Argument 2). Die Kritik der sozialen Unverträglichkeit fusste auf der Beurteilung, bei der Sanierung des Bundeshaushalts werde zu wenig Gewicht auf Mehreinnahmen und zusätzliche Steuern gelegt (Argument 3). Der VOX-Argumententest zeigt, dass dieser Argumentation nur beschränkt gefolgt wurde:

- Lediglich zwischen 29 und 32 Prozent der Stimmberechtigten stimmen den zentralen, gegnerischen Einwänden zu. Die stärkste Unterstützung findet ein Argument, das im Abstimmungskampf eher sekundär war und bemängelte, die globalen Ausgabenkürzungen würden finanzpolitisch zuviel Spielraum offen lassen und man kaufe damit die Katze im Sack (36 Prozent der Stimmberechtigten).
- Im Gegensatz zu den Pro-Argumenten verbessert sich die Bilanz der gegnerischen Argumente auch bei den Urnengängerinnen und Urnengängern nicht. Im Gegenteil, als politisch Involvierte lehnen die Teilnehmenden die gegnerischen Argumente noch prononcierter ab, so dass sich jeweils relative (39 Prozent bei Argument 1; 46 Prozent bei Argument 2) oder sogar absolute Mehrheiten (53 Prozent bei Argument 3) nicht einverstanden erklären.

Die allgemein geringe Unterstützung der Kontra-Argumente hängt vor allem mit folgenden Punkten zusammen: Einer beschränkten, allgemeinen Überzeugungskraft und einer fehlenden Unterstützung über das rot-grüne Lager hinaus. Das heisst erstens: Selbst unter den Nein-Stimmenden bleibt die Zustimmung vergleichsweise gering. Bei den Argumenten 3 (Mehreinnahmen) und 2 (Sparhysterie) erklären sich lediglich 51 Prozent bzw. 54 Prozent von ihnen einverstanden. Am ehesten überzeugt hat sie das finanzpolitische Argument (Katze im Sack); es wird von 68 Prozent der Nein-Stimmenden unterstützt. Zweitens fällt auf, dass zwischen 21 und 33 Prozent der Befragten bei der Beurteilung der gegnerischen Argumente Mühe bekunden und jeweils unentschieden blieben. Insbesondere in zwei Gruppen ist diese Unsicherheit beachtlich:

- Beim finanzpolitischen (Katze im Sack) und wirtschaftspolitischen Argument (Sparhysterie) geben jeweils 32 bzw. 31 Prozent der rot-grünen Wählerschaft keine Stellungnahme ab; beim sozial- und steuerpolitischen Argument (Mehreinnahmen) sinkt der Anteil auf 18 Prozent.
- Unsicherheit ist vor allem auch in der Romandie ausgeprägt; der Anteil Unentschiedener bewegt sich hier zwischen 28 (Argument 3, Mehreinnahmen) und sogar 46 Prozent (Argument 1, Katze im Sack). Wenn man folglich eine Argumentationsanalyse unter Ausschluss der Unentschiedenen vornimmt, dann nimmt nicht nur die allgemeine Unterstützung der Kontra-Argumente zu,⁴⁷ sondern es wird vor allem auch deutlich, dass die drei gegnerischen Argumente in der Romandie auf beachtliche Zustimmung stossen. Am ausgeprägtesten ist das

⁴⁷ Am stärksten ist der Zuwachs bei Argument 1 (Katze im Sack): von den materiell Antwortenden stimmen 54 Prozent zu, 46 Prozent lehnen ab. Bei Argument 2 (Sparhysterie) steigt die Zustimmung um 13 Prozentpunkte auf 45 Prozent; bei Argument 3 (Mehreinnahmen) um 8 Prozentpunkte auf 37 Prozent.

beim Argument 1 der Fall: 73 Prozent der Stellungnehmenden in der Romandie⁴⁸ sind hinsichtlich der Umsetzung des Sparprogramms skeptisch und teilen die Ansicht, dass mit dem Haushaltsziel die Katze im Sack gekauft werde (Durchschnitt 54 Prozent). Ebenfalls mehrheitlich Unterstützung findet das wirtschaftspolitisch motivierte Argument mit der Sparhysterie (61 Prozent der Stellungnehmenden),⁴⁹ während der Anteil in der Deutschschweiz auf 41 Prozent hinunter fällt (bei einem Gesamtdurchschnitt der Stellungnehmenden von 45 Prozent). Selbst beim Argument, das auf Mehreinnahmen statt eine Ausgabenbremse setzt, stellen sich die steuerpolitisch zurückhaltenden Romand(e)s – wenn auch nicht mehrheitlich, so doch überdurchschnittlich oft – auf die Pro-Seite (47 Prozent, bei einem Durchschnitt von 37 Prozent).

2.5 Ausblick: Ausgabenbremse und Mehreinnahmen?

Mit dem Sanierungspaket 2001 sollte mit einem vom Souverän verabschiedeten Verfassungsartikel das Parlament in der Ausgabenpolitik diszipliniert werden. Die Stimmberechtigten waren von dieser Idee angetan und haben mit deutlicher Mehrheit (70 Prozent) der Aussage zugestimmt: *«Mit dem Haushaltsziel 2001 werden die Politiker in Bern endlich in die Pflicht genommen. Statt leerer Versprechungen und immer mehr Ausgaben ist jetzt Handeln angesagt.»* Man könnte versucht sein, aus dieser breiten Zustimmung ein Plädoyer für einen rigorosen, einseitigen Sparkurs abzulesen. Aufgrund der vorliegenden Daten wäre diese Schlussfolgerung indessen nicht nur als verkürzt, sondern als politisch brisant zu bezeichnen:

- Erstens gilt es festzuhalten, dass die hier getesteten, erfolgreichen Pro-Argumente (leere Kassen, Schuldzinsen) den Leistungsabbau kaum thematisiert haben. Vielmehr haben sie als positive, langfristige Effekte einer Sparpolitik ebenfalls die «soziale und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit» oder die finanziellen Mittel betont, welche anstatt für Schuldzinsen für «andere staatliche Leistungen» gebraucht werden.
- Das Haushaltsziel 2001 wurde von den Stimmberechtigten unter den Dimensionen wahrgenommen wie es mehrheitlich verkauft wurde: «Sparen und Schulden». Die von SPS und Gewerkschaften lancierte und am runden Tisch geführte Debatte über «Sparen oder Mehreinnahmen» schlug sich indessen in den hier erhobenen Wahrnehmungen und Motiven noch kaum nieder. Dort aber, wo diese Debatte stattfand, zeichnen sich offenbar Veränderungen ab. Bereits nach der Abstimmung über die Ausgabenbremse vom März 1995 haben wir nämlich die Zustimmung zum Argument erhoben *«Anstatt eine Ausgabenbremse anzulegen, sollte man eher dem Bund mehr Einkünfte verschaffen»* (vgl. Tabelle 2.4). Damals konnten noch 66 Prozent aller Befragten oder 79 Prozent der materiell Antwortenden nichts mit diesem Argument anfangen. Heute, drei Jahre später, ist die Kritik an dieser Aussage doch signifikant kleiner, die Zustimmung hat zugenommen. Und die Aufschlüsselung der Zustimmung nach sozio-demographischen Merkmalen reflektiert durchaus aktuelle Bedürfnislagen: Überdurchschnittlich oft plädieren ältere Frauen im Pensionsalter (32 Prozent aller Befragten; 46 Prozent der materiell

⁴⁸ Der Stichprobenfehler für diese Subgruppe (n = 138) beträgt ± 7.4 Prozentpunkte. Das heisst, die Mehrheitsverhältnisse sind robust.

⁴⁹ Stichprobenfehler ± 7.9 bei n = 147.

Tabelle 2.4: Einverständnis mit dem Argument Ausgabenbremse – Mehreinnahmen
(Spaltenprozent im Zeitvergleich)

«Anstatt eine Ausgabenbremse anzulegen, sollte man eher dem Bund mehr Einkünfte verschaffen».	1998	1995	1998	1995
einverstanden/voll und eher einverstanden	29	18	37	← 21
nicht einverstanden/eher und überhaupt nicht einverstanden	50	66	63	← 79
unentschieden/keine Antwort	21	16		
n = Stimmberechtigte/materiell Antwortende	1005	1018	796	856
Die Veränderung zwischen 1995 und 1998 (←) bei den materiell Antwortenden ist signifikant (Chi-Quadrat = 50.2). Die Antwortvorgaben in der VOX 1995 «voll/eher einverstanden» und «eher nicht/überhaupt nicht einverstanden» wurden einverstanden/nicht einverstanden» wurden zusammengefasst. © VOX-Datenbank eigene Berechnungen; IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.				

antwortenden Frauen⁵⁰) sowie Personen mit dem kleinsten monatlichen Haushaltseinkommen (37 Prozent aller Befragten, 53 Prozent der materiell Antwortenden⁵¹) für Mehreinnahmen des Bundes.

- Andere Befragungen zeigen, dass die Schweizerinnen und Schweizer recht differenzierte Vorstellungen über eine Ausgabenverteilung des Bundes haben.⁵² Diese decken sich mit den Ergebnissen des runden Tisches vor allem insofern, als Kürzungen bei Militär und Landesverteidigung mehrheitlich befürwortet werden. Daneben gibt es aber deutlich sensiblere Bereiche. Die oben erwähnte Befragung nennt den Bereich der Sozialversicherung, wo Abbau am wenigsten Anklang findet. In der VOX werden bei den spontan genannten Nein-Motiven zum Haushaltsziel am meisten Nennungen gemacht wie «nicht beim Sozialen sparen», man «spart wieder bei den Armen und niedrigen Einkommen.»⁵³ Zudem hat unsere Analyse gezeigt, dass vor allem die unteren Einkommensschichten⁵⁴ und die Romand(e)s⁵⁵ die Umsetzung des Sanierungsprogramms besonders kritisch beleuchten werden. Denn sie haben besonders oft die Ansicht vertreten, mit dem Haushaltsziel 2001 werde die Katze im Sack gekauft.

⁵⁰ Bei den Männern lässt sich kein signifikant unterschiedliches Antwortverhalten in den Altersgruppen feststellen.

⁵¹ Stichprobenfehler ± 8.3 bzw. 12.8 (bei $n = 131$; $n = 58$). Das Resultat ist insofern robust, als die Abweichung vom Durchschnitt jeweils über der Brandbreite des Stichprobenfehlers für das Subsample liegt. Über die absoluten Mehrheitsverhältnisse innerhalb der Gruppe kann indessen nichts exaktes ausgesagt werden.

⁵² Schroter, Wolfgang (1998). Mehrwertsteuer-Erhöhung: Ja, Energiesteuer: Nein; Abnahme der Steuerehrlichkeit, UNIVOX Teil II D, Staatsfinanzen, HSG/GfS. Die Daten wurden im Januar/Februar 1998 erhoben.

⁵³ Das ist mit 40 Prozent der Antwortenden die eindeutig grösste, spontan genannte Motivgruppe ($n = 104$ Antwortende mit 164 Nennungen).

⁵⁴ 43 Prozent aller Befragten mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von unter 3000 Franken; gegenüber 28 Prozent der Befragten mit einem Einkommen von über 9000 Franken.

⁵⁵ 40 Prozent aller Befragten Romand(e)s; 73 Prozent der materiell Stellungnehmenden.

3. Die Volksinitiative «S.o.S. – Schweiz ohne Schnüffelpolizei» (S.o.S.-Initiative)

3.1 Die Ausgangslage

Im Oktober 1991 wurde die Initiative «Schweiz ohne Schnüffelpolizei» eingereicht. Das Volksbegehren war eine direkte Reaktion auf den 1989 aufgedeckten Fichenskandal und die damit verbundene Registrierung von 900 000 Personen und Organisationen durch die politische Polizei. Es wurde vom Komitee «Schluss mit dem Schnüffelstaat», bestehend aus linken und grünen Parteien (inkl. LdU) sowie anderen politischen Organisationen, im April 1990 lanciert und verlangte einen neuen Verfassungsartikel, der festhalten sollte, dass «die politische Polizei abgeschafft» wird und niemand bei der Wahrnehmung ideeller und politischer Rechte überwacht werden dürfe, solange dabei keine strafbaren Handlungen begangen würden.

Bundesrat und Parlament anerkannten die mit dem Fichenskandal aufgedeckten Missstände grundsätzlich. Die Behörden setzten eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ein und erarbeiteten ein neues «Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit», das die Arbeit der Sicherheitsbehörden einschränken und unter die Führung von Bundesrat, Justiz- und Polizeidepartement bzw. der Geschäftsprüfungsdelegation des Parlaments stellen sollte. Das neue Gesetz sah zwar nach wie vor eine präventive, d.h. vor Einleitung eines Strafverfahrens mögliche, Überwachung vor, beschränkte diese jedoch auf Aspekte des Terrorismus, des gewalttätigen Extremismus und der verbotenen Nachrichtendienste. Aus dieser Kompetenz grundsätzlich ausgeklammert wurde die polizeiliche Überwachung von politischen und freiheitsrechtlichen Tätigkeiten. Das Einsichtsrecht der Betroffenen wurde jedoch gegen den Willen des Datenschutzbeauftragten wieder abgeschafft, d.h. die Arbeit der Sicherheitsbehörden blieb nach wie vor geheim.

Nachdem das Referendum gegen das Staatsschutzgesetz ganz knapp gescheitert war, ging es in der Abstimmung vom 7. Juni 1998 über die S.o.S.-Initiative indirekt darum, mit einem Nein das neue Staatsschutzgesetz in Kraft zu setzen. Mit Ausnahme der SPS, GPS sowie der Lega dei Ticinesi, der PdA und der Europa-Partei entschieden sich sämtliche Parteien für dieses Vorgehen und empfahlen ein Nein zur Initiative.

3.2 Wahrnehmung und Bedeutung der Vorlage

Die Lancierung der S.o.S.-Initiative erfolgte in einer Zeit, in der die Aufdeckung des Fichenskandals grosse Empörung und starke massenmediale Thematisierung des Staatsschutzes ausgelöst hatte. Die Abstimmung darüber, rund acht Jahre später, bettete sich in einen anderen Kontext ein. In der Abstimmungskampagne und der Medienberichterstattung blieb die S.o.S.-Initiative im Vergleich zu den anderen zwei behandelten Vorlagen marginal. Zudem hatte sich auch die Thematik gewandelt. In Verknüpfung mit dem Diskurs über eine steigende Kriminalität, das organisierte Verbrechen sowie mit der Diskussion über Asylwesen und Gewaltextremismus wurde unter dem Thema Staatsschutz weniger der Aspekt der Freiheitsrechte, sondern vermehrt auch die Gefährdung der «inneren Sicherheit» diskutiert.

Tabelle 3.1: Inhaltliche Wahrnehmungen der Stimmberechtigten zur S.o.S.-Initiative

Wahrnehmungen	% der Antwortenden	n	%
<i>Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Polizei-Aspekten</i>	30	193	
Politische, Staats-, Bundespolizei			21
Allgemeines zu Polizei			9
<i>Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Fichen, Datenschutz, Schnüffelpolizei</i>	29	191	
Besserer Datenschutz, keine Überwachung			13
Fichen limitieren, Fichenaffäre			10
Schnüffelpolizei, politische Verfolgung			7
<i>Sonstige, spezifische Wahrnehmungen</i>	6	42	
<i>Unklare Wahrnehmungen</i>	39	258	
Weiss nicht			36
Anderes			4
Total % der Antwortenden (n = 654)/Antworten	105	684	

Insgesamt haben 654 Befragte geantwortet und in Mehrfachantworten 684 Angaben gemacht. Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 an. Abweichungen vom Prozenttotal ergeben sich aufgrund von Rundungen.
 © IPZ/GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.

Das beschränkte Interesse an Fragen des Staatsschutzes widerspiegelt sich in den VOX-Befragungsdaten. Aufgrund der Bedeutungszuschreibungen, welche die Stimmberechtigten vornehmen, wird ersichtlich, dass die Thematik an Virulenz verloren hat. Bei den inhaltlichen Wahrnehmungen deutet sich an, dass die Verbindung zur Fichenaffäre in den Hintergrund gerückt ist.

- Nur gerade 35 Prozent der Befragten können die S.o.S.-Initiative als Abstimmungsthema nennen. Auch wenn man die Befragten nach der Bedeutung der Vorlage fragt, rangiert sie klar hinter der Gen-Schutz-Initiative und dem Haushaltsziel 2001 (vgl. auch Kapitel 1, Tabelle 1.11). Selbst die Stimmberechtigten, die mit ihrer Parteisympathie an jene Parteien gebunden sind, welche die Ja-Parole empfohlen haben, verhalten sich hier nicht signifikant anders als die übrigen Anhängerschaften.
- Beschränkte Auseinandersetzung widerspiegelt sich auch in den inhaltlichen Wahrnehmungen der Vorlage. Wie aus Tabelle 3.1 ersichtlich ist, machen die 654 Befragten gerade 684 Nennungen (Mehrfachantworten waren möglich). Am häufigsten werden dabei nur unklare Inhaltsangaben (39 Prozent) gemacht, und mit 36 Prozent der Antwortenden fällt der grösste Anteil in die Kategorie «weiss nicht». Bei den konkreten inhaltlichen Wahrnehmungen werden am ehesten Aspekte im Zusammenhang mit der Polizei genannt; wobei die meisten Befragten diesbezüglich zwischen der politischen, Staats- oder Bundespolizei, und der «normalen» Polizei unterscheiden, was aufgrund des eher geringen Interesses eher positiv überrascht. Erst an dritter Stelle (29 Prozent) folgen dann Angaben, welche explizit die Anliegen des Initiativkomitees tangieren und die Vorlage in Zusammenhang mit dem Datenschutz, den Fichen und der Schnüffelpolizei bringen.

3.3 Das Stimmverhalten

Mit einem effektiven Ja-Stimmen Anteil von 24.9 Prozent wurde die S.o.S.-Initiative im Vergleich zu den beiden anderen Vorlagen am klarsten verworfen. In der VOX-Nachbefragung gaben 22 Prozent an, mit Ja gestimmt zu haben, 56 Prozent lehnten laut eigenen Angaben ab; die übrigen Befragten legten den Stimmzettel leer ein oder konnten sich nicht mehr erinnern. Somit ergibt sich bei den materiell Stimmenden ein Verhältnis (29 Prozent Ja:71 Prozent Nein), das über den Stichprobenfehler hinaus vom effektiven Resultat abweicht. Deshalb sind in der folgenden Analyse absolute Werte und Prozentangaben mit Vorsicht zu interpretieren, Berechnungen der Prozentpunktabweichungen vom Durchschnitt sind manchmal sinnvoller.

Bei der Betrachtung des Stimmverhaltens nach sozio-demographischen Merkmalen zeigt sich eine äusserst homogene Situation; die Vorlage hat kaum polarisiert. Damit bestätigt sich auch auf individueller Ebene das vom Bundesamt für Statistik festgestellte homogene Abstimmungsverhalten auf der aggregierten Ebene: Merkmale wie Alter, Geschlecht oder auch die Schulbildung haben keinen signifikanten Einfluss auf das Stimmverhalten. Einzig bei einem Merkmal stellen wir signifikante Unterschiede (Cramer's V von 0.18**) fest: Personen, welche in einem Haushalt mit einem Monatseinkommen unter 3000 Franken leben, stimmen mit einem Anteil von 40 Prozent überdurchschnittlich oft zu, während Personen in Haushaltungen mit einem Einkommen von 7000 bis 9000 Franken bzw. mehr mit Ja-Anteilen von 16 bzw. 19 Prozent zu den prononcierten Gegnerinnen und Gegnern gehören (Durchschnitt der Stichprobe: 29 Prozent). Aufgrund der Datenlage lässt sich aber nicht feststellen, ob sich dahinter eine mehr grundsätzliche, politische Stellungnahme oder eine spezifische Skepsis der Personen aus einkommensschwachen Haushaltungen gegenüber präventiven Massnahmen verbirgt.

Bei den politischen Merkmalen präsentiert sich die Situation anders. Über die mehrheitliche Ablehnung hinweg manifestieren sich klare Unterschiede je nach parteipolitischen Bindungen und politischen Werthaltungen:

- Im Vergleich mit den anderen zwei Vorlagen vom 7. Juni gilt es, den höheren Grad der Geschlossenheit bei der SPS (51 Prozent) und im rot-grünen Lager insgesamt (52 Prozent) hervorzuheben. Selbst wenn man die Verzerrung im Ja-Stimmenanteil des VOX-Samples und das Vertrauensintervall⁵⁶ berücksichtigt und nur auf die Abweichung vom Durchschnitt in Prozentpunkten abstützt, erfolgt im rot-grünen Lager bei der S.o.S.-Initiative die stärkste Parolenbeachtung: Folglich liegt der Stimmenanteil um 23 Prozentpunkte über dem allgemeinen Durchschnitt – beim Haushaltsziel beträgt die Differenz lediglich 15 Prozentpunkte, bei der Gen-Schutz-Initiative 12 Prozentpunkte. Wir schliessen daraus, dass gerade aufgrund des geringen Interesses, das der Vorlage entgegengebracht wurde, stärker entlang traditioneller Einbindungen entschieden wurde, um die Kosten der Entscheidungsfindung zu senken.
- In bezug auf die Links-Rechts-Polarisierung lassen sich Differenzierungen festhalten. Es wird nämlich deutlich, dass lediglich eine bestimmte Gruppe der in der VOX standardmässig erhobenen politischen Wertpräferenzen in signifikantem Zusammenhang mit dem Stimmverhalten

⁵⁶ Angesichts des Stichprobenfehlers (± 10.7 für das rot-grüne Lager und ± 11.0 für die SPS) lassen sich die absoluten Mehrheitsverhältnisse nicht genau bestimmen.

Die Codierung der Variable «politisches Lager» erfolgte hier nach den üblichen Zuordnungen. Auch wenn man berücksichtigt, dass die Lega dei Ticinesi die Ja-Parole herausgab, ändert sich an den Zahlenverhältnissen nichts; die Anhängerschaft der Lega ist im VOX-Sample kaum vertreten.

Tabelle 3.2: Das Stimmverhalten bei der S.o.S.-Initiative nach politischen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Cramer's V
Total effektiv	24.9		
Total VOX	29	471	
<i>Partei**</i>			0.30
SPS	(51)	80	
CVP	(20)	35	
FDP	11	54	
SVP	(13)	39	
Keine Partei	29	168	
<i>Politische Orientierung**</i>			0.26
Links aussen	(46)	35	
Links	44	92	
Mitte	25	151	
Rechts	23	104	
Rechts aussen	5	38	
<i>Werhaltung Armee**</i>			0.21
Ohne Armee	(1,2)	45	108
Gemischt	(3,4)	23	175
Starke Armee	(5,6)	22	173
<i>Regierungsvertrauen**</i>			0.17
Vertrauen	21	231	
Misstrauen	34	150	
Weiss nicht/unentschieden	39	83	
<i>Werhaltung Ruhe und Ordnung*</i>			0.14
Wenig betonen	(1,2)	44	41
	(3)	31	77
↓	(4)	25	92
	(5)	33	83
Stark betonen	(6)	22	171

Die in Klammern angegebenen Kategorien sind als Tendenz zu interpretieren, da die Anzahl Nennungen bzw. das Vertrauensintervall keine quantitativen Schlüsse zulässt.

** hoch signifikant ($p < 0.01$);

* signifikant ($p < 0.05$). Vgl. auch Methodischer Steckbrief.

© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.

steht; Es sind dies die Werthaltungen bezüglich der Armee, des Umweltschutzes, der aktiven Förderung der Gleichberechtigung der Frauen sowie der Chancengleichheit für Ausländerinnen und Ausländer⁵⁷ – Themen also, welche eher der «neuen Linken» zugeschrieben werden, während der «alte» Links-Rechts-Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit keinen Einfluss hat. Entsprechend verhalten sich auch die Gewerkschaftsmitglieder so wie der Durchschnitt und stimmen mit deutlicher Mehrheit nein (67 Prozent).

- Spezifisch inhaltliche Positionierungen zeichnen sich einerseits bei der Werthaltung bezüglich der Betonung von Ruhe und Ordnung, andererseits beim Regierungsvertrauen ab: Personen, welche der Regierung eher mit Misstrauen begegnen oder bei dieser Frage mit «weiss nicht / unentschieden» antworten, nehmen die Initiative etwas häufiger an, was am ehesten eine kritische Stellungnahme zur Arbeit der politischen Polizei mit präventiven Untersuchungsmassnahmen, Geheimhaltung und einem beschränkten Auskunftsrecht widerspiegelt. Umgekehrt widerspiegelt sich im überdurchschnittlichen Nein der Befragten, welche der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung hohe Priorität beimessen, der Erfolg der bundesrätlichen Argumentation, in der darauf hingewiesen worden ist, dass zur Wahrung der inneren Sicherheit eine präventive polizeiliche Tätigkeit unerlässlich ist.

3.4 Die Motive der Abstimmenden

Bei der Betrachtung der spontanen Motive der Ja-Stimmenden fallen zwei Punkte auf.

- Erstens wird als Begründung eher die Bedrohung der Freiheitsrechte herbeigezogen, welche in der allgemeinen Überwachung, der bespitzelnden Polizei oder dann in der Gefährdung der Meinungsfreiheit und im Problem des Datenschutzes gesehen werden. Die Fichenaffäre und das Misstrauen gegenüber Fichen wird lediglich von rund 24 Prozent der Ja-Stimmenden genannt und ist damit offenbar als direkter Entscheidungsauslöser in den Hintergrund gerückt.
- Zweitens fällt der relativ hohe Anteil diffuser Beweggründe auf. Viele Personen beantworten die offene Frage mit «weiss nicht», machen keine Angabe oder führen andere, allgemeine Motive auf, worin sich Empfehlungen von Dritten, Nein-Motive⁵⁸ und unverständliche Motive befinden. Damit zeigt sich, dass die Vorlage selbst bei den Ja-Stimmenden nur noch ein beschränktes Interesse gefunden hat.

Die Nein-Motive stehen spiegelbildlich für das bisher Gesagte.

- 85 Prozent der Antwortenden machen sehr diffuse und allgemeine Motive geltend. 18 Prozent meinen schlicht, die Initiative sei unnötig, ein alter Zopf oder «wird ganz einfach nicht gebraucht».

⁵⁷ Die Überprüfung der Signifikanz erfolgte jeweils für zwei verschiedene Recodierungen der 6er Skalen: Erstens mit einer dreiteiligen Kategorisierung nach schematischem Muster (1,2 / 3,4 / 5,6) und zweitens mit einer Recodierung gemäss der jeweiligen Verteilung. Die Aufzählung der Themen erfolgt gemäss der Stärke des Zusammenhangsmasses für die Regruppierung nach der Verteilung. Cramer's V beträgt bei der Armee 0.22; bei der Frage des Umweltschutzes 0.21, bei den zwei Fragen zur Gleichberechtigung und Chancengleichheit je 0.16. Die diversen Wertefragen zum «alten» Links-Rechts-Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit haben keinen signifikanten Einfluss.

⁵⁸ Darunter fallen auch 11 Nennungen, welche mit «Vertrauen in Kompetenz der Regierung, sorgt für Ordnung» kodiert wurden und in Anbetracht der Vorlage eine eher verwirrende Argumentation darstellen, da diese Kompetenz durch die Initiative ja gerade beschnitten werden sollte.

Tabelle 3.3: *Motive der Ja-Stimmenden*

Ja-Motive	% der Antwortenden	n	%
<i>Diverse spezifische Motive</i>	109		
Gegen Überwachung, Spitzeln der Polizei		54	49
Für Meinungsfreiheit, gegen Datenschutz		39	36
Misstrauen gegen Fichen, bin fichiert worden		26	24
<i>Diverse diffuse Motive</i>	84		
Weiss nicht		18	16
Keine Antwort		34	31
Sonstiges		40	37
Total % der Antwortenden (n = 110)/Antworten	193	211	
Insgesamt haben 110 Befragte geantwortet und in Mehrfachantworten 211 Angaben gemacht. Weil Mehrfachantworten möglich sind, steigt das Total der Prozente auf über 100 an. © IPZ/Gfs: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.			

- Erst an zweiter Stelle folgen inhaltlich begründete Motive. Dabei werden hier die Begründungen übernommen, welche vom Bundesrat neun Jahre nach der Lancierung der Initiative in den Vordergrund gerückt worden sind: Der Aspekt der inneren Sicherheit und des Staatsschutzes allgemein nimmt dabei den grössten Raum ein (35 Prozent); häufig wird auch direkt auf die Verbrechens- oder Terrorismusbekämpfung verwiesen (28 Prozent). Die Notwendigkeit einer handlungsfähigen Polizei wird ebenfalls ins Feld geführt, auch wenn interessanterweise hier keine weitere Differenzierung zwischen «normaler» und politischer Polizei erfolgt.

Insgesamt widerspiegelt sich damit in den Wahrnehmungen und Motiven der Stimmberechtigten das Schicksal einer lange hängigen und nicht zurückgezogenen Initiative. Die lange Behandlungsfrist, der indirekte Gegenvorschlag und die veränderten Rahmenbedingungen haben der Initiative den Boden unter den Füßen weggezogen. Die vom Initiativkomitee beabsichtigte Thematisierung von Grundsatzfragen wie die Grundwerte der Freiheit, der Respekt vor der Persönlichkeit oder der Datenschutz hat nicht stattgefunden; sie wurde von Themen der inneren Sicherheit und der Bekämpfung des Terrorismus überlagert und verdrängt. Vor diesem Hintergrund haben die Stimmberechtigten zur Senkung der Entscheidungskosten vor allem auch auf traditionelle Einbindungen zurückgegriffen und sind insbesondere den jeweiligen Parolen gefolgt.

Tabelle 3.4: Motive der Nein-Stimmenden

Ja-Motive	% der Antwortenden	n	%
<i>Diverse spezifische Motive</i>	83		
Staatsschutz muss sein, Kontrolle ist nötig, bin für Sicherheit		100	35
Bekämpfung Terrorismus, Verbrecherbekämpfung		80	28
Brauchen Polizei, unzumutbare Einschränkung der Polizei		56	20
<i>Diverse diffuse Motive</i>	85		
Alter Zopf, Initiative ist unnötig, brauchen wir nicht		50	18
Weiss nicht		30	11
Keine Antwort		83	29
Sonstiges		77	27
Total % der Antwortenden (n = 283)/Antworten	168	476	
Insgesamt haben 283 Befragte geantwortet und in Mehrfachantworten 476 Angaben gemacht. Weil Mehrfachantworten möglich waren, steigt das Total der Prozente auf über 100 an. © IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.			

4. Die Stimmbeteiligung und Entscheidungsfindung

Laut Angaben der Befragten in der VOX-Nachanalyse nahmen 60 Prozent an der Abstimmung vom 7. Juni 1998 teil; effektiv waren es 41 Prozent.⁵⁹ In der lateinischen Schweiz – mit Ausnahme von Genf – erfolgte die Stimmabgabe gemäss den kulturellen und rechtlichen Gepflogenheiten immer noch mehrheitlich an der Urne (74 Prozent), während in grösseren Gemeinden mit Einwohnerzahlen von über 50 000 und der deutschen Schweiz mittlerweile Mehrheiten brieflich abstimmen (60 bzw. 54 Prozent).⁶⁰

Die Stimmbeteiligung vom 7. Juni kann als durchschnittlich bezeichnet werden. Das widerspiegelt sich zum einen in dem charakteristischen Mobilisierungsmuster der drei Typen von Urnengängerinnen und Urnengängern: Der Typus der regelmässig Teilnehmenden wurde fast geschlossen mobilisiert (96 Prozent); die Abstentionistinnen und Abstentionisten blieben auch diesmal weitgehend zu Hause (9 Prozent Teilnahme); und die selektiv Teilnehmenden wurden

⁵⁹ Dieses sogenannte «Overreporting» ist als allgemeines Phänomen der Wahl- und Abstimmungsforschung bekannt, ist hier aber mit einer Differenz zur effektiven Beteiligung von 19 Prozentpunkten überdurchschnittlich hoch. Im allgemeinen werden zur Erklärung dieses Problems zwei Punkte aufgeführt, die auch gleichzeitig wirken können: Zum einen kann es sich um ein Problem auf der Ebene der Stichprobe handeln, indem politisch interessierte Personen auch eher bereit sind, an der Befragung teilzunehmen. Zum anderen kann auf der Ebene des Antwortverhaltens der Mechanismus der sozialen Erwünschtheit wirken, indem gewisse Befragte sich davor scheuen, Nichtbeteiligung zu reportieren.

⁶⁰ Der Stichprobenfehler für diese zwei Subsamples beträgt ± 9.3 im ersten und ± 4.7 im zweiten Fall.

zur Hälfte mobilisiert (51 Prozent).⁶¹ Zum anderen bestätigen sich angesichts dieser durchschnittlichen Beteiligungsrate die bekannten Muster aus der Partizipationsforschung:

- Sozialstrukturelle Faktoren und Ressourcen wie die Bildung und das Einkommen⁶² haben einen positiven Einfluss auf die Beteiligung. Ein besonders starker, nicht-linearer Zusammenhang mit ausgeprägten Abweichungen nach unten bei den 18- bis 29jährigen ist beim Alter zu beobachten.⁶³
- Dass die gesellschaftliche Integration einen Einfluss auf die Stimmbeteiligung hat, zeigt sich am Einfluss von zwei Variablen: Einerseits übt die Häufigkeit des Kirchganges – im Gegensatz zur Konfession – einen positiven Einfluss auf die Stimmbeteiligung aus, auch wenn hier die Unterschiede vor allem zwischen den Personengruppen sichtbar sind, welche entweder regelmässig, einmal pro Woche oder dann nie in die Kirche gehen. Andererseits ist auch mit der längeren Ansässigkeit am Wohnort und damit der lokalen Verbundenheit die Beteiligung höher.⁶⁴
- Politisches Interesse⁶⁵ sowie das Vorhandensein einer Parteiidentifikation⁶⁶ stehen für die politische Involvierung der Befragten, die ebenfalls in eindeutigem Zusammenhang mit der Beteiligung steht.

Im Umfeld der Abstimmung vom 7. Juni wurde auch die Mobilisierungswirkung der Gen-Schutz-Initiative zur Debatte gestellt. Während die einen auf die Bedeutung der Vorlage aufmerksam machten und von einer speziellen Mobilisierungswirkung ausgingen, wiesen die anderen auf die Komplexität der Materie hin und stellten die Grenzen der direkt-demokratischen Entscheidungsfindung zur Diskussion.

In Kapitel I haben wir bereits gesehen, dass die Gen-Schutz-Initiative als die bedeutendste der drei zur Abstimmung vorliegenden Vorlagen angesehen wurde. Entsprechend wurde nach der Abstimmung auch angenommen, sie habe die Stimmberechtigten in erster Linie mobilisiert. Unsere Datenanalyse zeigt indessen, dass der Zusammenhang nicht ganz so einfach ist: So gilt es vorerst zu berücksichtigen, dass es vor allem die zugeschriebene, persönliche Bedeutung war, die speziell zum Urnengang bewog.⁶⁷ Zudem werden aus *Tabelle 4.1* zwei Punkte ersichtlich: Erstens stimulierte auch die persönliche Betroffenheit beim Sanierungspaket 2001 zur

⁶¹ Die Typologisierung beruht auf der VOX-Standardfrage P01 («Nehmen wir an, im Laufe eines Jahres würden zehn eidgenössische Abstimmungen stattfinden. An wie vielen von diesen Abstimmungen nehmen Sie normalerweise teil?») und der üblichen Recodierung der Skala in drei Gruppen (0–2; 3–9; 10); Cramer's V = 0.59.

⁶² Beim monatlichen Haushaltseinkommen verläuft der Zusammenhang nicht linear. Die stärkste Beteiligung weisen Personen auf, welche in einem Haushalt mit einem Monatseinkommen von über 9000 Franken leben, überrepräsentiert sind zudem die mittleren Haushaltseinkommen (5000 bis 6999 Franken). Die restlichen Kategorien sind unterrepräsentiert, auch wenn hier die Unterschiede klein sind. Cramer's V = 0.13. Bei der Bildung beträgt Cramer's V = 0.14.

⁶³ Auch die 30 bis 39jährigen verzeichnen noch eine unterdurchschnittliche Stimmbeteiligung. Danach steigt die Partizipationsrate kontinuierlich an und liegt bei den 40 bis 70jährigen über dem Stichprobendurchschnitt, nach 70 Jahren ist dann wieder ein Rückgang zu beobachten; Cramer's V = 0.22.

⁶⁴ Bei der Häufigkeit des Kirchganges beträgt das Cramer's V = 0.11; bei der Ortsansässigkeit 0.22.

⁶⁵ Cramer's V = 0.43; mit einem linearen Zusammenhang (sehr interessiert: 79 Prozent; überhaupt nicht interessiert: 12 Prozent Beteiligung).

⁶⁶ Dabei gilt es zu unterstreichen, dass sich keine signifikanten Unterschiede bei der Sympathie für die einzelnen Parteien zeigen. Vielmehr verläuft der «Bruch» zwischen denjenigen, welche überhaupt keine Bindung haben und denjenigen, welche eine starke Bindung haben oder zumindest Sympathien für (irgend) eine Partei bekunden.

⁶⁷ Für alle drei Vorlagen sind die Zusammenhangsmasse für die nationalen Bedeutungszuschreibung deutlich kleiner (von 0.27 für die Gen-Schutz-Initiative bis 0.12 für die S.o.S.-Initiative).

Tabelle 4.1: Stimmbeteiligung nach politischen Merkmalen

Merkmal/Kategorie	% Ja	(n)	Cramer's V
Tatsächliche Beteiligung	40		
Total VOX	60	1001	
<i>Pers. Bedeutung Vorlage Gen-Schutz**</i>			0.39
Sehr wichtig	(1,2) 83	210	
	(3,4) 80	217	
↓	(5,6) 62	262	
	(7,8) 58	83	
Überhaupt nicht wichtig	(9,10) 27	136	
<i>Pers. Bedeutung Vorlage Haushaltsziel**</i>			0.37
Sehr wichtig	(1,2) 78	288	
	(3,4) 72	304	
↓	(5,6) 47	223	
	(7,8) 43	58	
Überhaupt nicht wichtig	(9,10) 23	88	
<i>Pers. Bedeutung Vorlage Schnüffelstaat**</i>			0.30
Sehr wichtig	(1,2) 79	93	
	(3,4) 80	148	
↓	(5,6) 70	287	
	(7,8) 66	141	
Überhaupt nicht wichtig	(9,10) 41	210	
<i>Mitglied Umweltorganisation**</i>			0.14
Aktiv/passiv	77	137	
Vorstellbar	59	276	
Unvorstellbar	56	542	

© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.

Teilnahme. Zweitens wirkte auch die Mitgliedschaft in Umweltorganisationen – im Gegensatz zu Mitgliedschaften in anderen Organisationen⁶⁸ – mobilisierend.⁶⁹

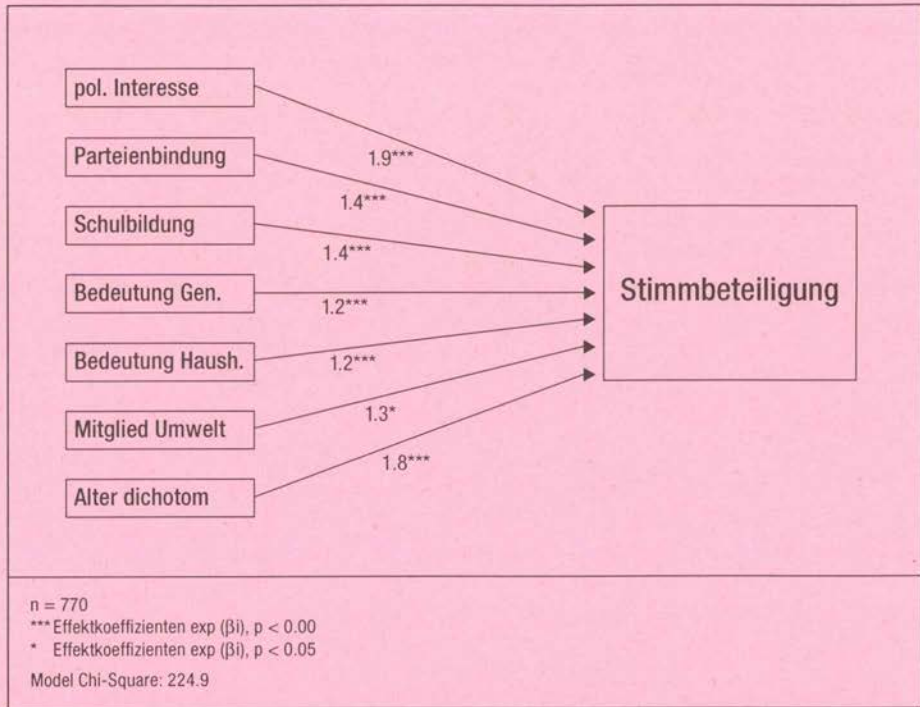
Wird der Einfluss dieser Variablen gleichzeitig, in einem multivariaten Modell analysiert, wird somit folgender Mobilisierungsmechanismus sichtbar (vgl. Abbildung 1):

- Der Haushaltsziel-Vorlage kommt der gleich starke Mobilisierungseffekt wie der Gen-Schutz-Initiative zu, während die S.o.S.-Initiative für die Erklärung der Stimmbeteiligung unbedeu-

⁶⁸ Erfragt wurde zudem die Mitgliedschaft in Angestelltenverbänden, in Gewerkschaften, im Gewerbeverband und in Konsumentenorganisationen.

⁶⁹ Dabei gilt es zu beachten, dass diese Mitgliedschaft in Umweltschutzorganisationen nicht eindeutig mit Linksorientierung gleichzusetzen ist. Aktiv- oder Passivmitglieder der Umweltschutzorganisationen sind sowohl am linken als auch am rechten Pol der Links-Rechts-Achse übervertreten (Cramer's V = 0.19). Wer sich auf diesen beiden Polen der Links-Rechts-Achse positioniert, gab eine überdurchschnittliche Beteiligung an (Cramer's V = 0.14).

Abbildung 1: Multivariate Analyse der Stimmbeteiligung



tend bleibt. Die darüber hinausgehende, zusätzliche Mobilisierungswirkung der Gen-Schutz-Initiative erfolgt vor allem indirekt, indem die Mitgliedschaft in Umweltschutzorganisationen zur Teilnahme beiträgt.

- Auch im multivariaten Modell bleibt der Einfluss der klassischen Variablen der Partizipationsforschung wichtig. Von den drei ersten im Modell aufgelisteten Variablen hat das politische Interesse den stärksten Einfluss, gefolgt von der Parteienbindung und der Schulbildung. Dabei ist aufschlussreich, dass sich die Einflussstärken der drei Variablen im multivariaten Modell eher angeglichen haben,⁷⁰ was soviel heisst, dass im Vergleich zur Auswertung in der Kreuztabelle vor allem die Bildung an Bedeutung gewonnen hat. Der relative Rückgang des Einflusses des politischen Interesses kann darauf zurückgeführt werden, dass ein Teil des Interesses durch eine hohe Schulbildung bedingt ist.

Die Entscheidung für die Gen-Schutz-Initiative war für viele Befragte nicht leicht. Sowohl im Vergleich mit den letzten 29 eidgenössischen Vorlagen als auch im Vergleich zu den anderen zwei Vorlagen vom 7. Juni geben die Stimmberechtigten bei der Gen-Schutz-Initiative über-

⁷⁰ Umgekehrt fallen Variablen, welche bei der bivariaten Analyse einen ähnlich grossen Einfluss hatten wie die Bildung, so z.B. die Links-Rechts Positionierung (dichotomisiert), aus dem Modell heraus.

Tabelle 4.2: Subjektive Entscheidungsschwierigkeit und Entscheidzeitpunkt nach Vorlagen (Spaltenprozent)

Merkmal/Kategorie	Durchschnitt Feb. 94–Sept. 97 (29 Vorlagen)	Gen-Schutz- Initiative	Haushaltsziel 2001	S.o.S.-Initiative
<i>Subjektive Entscheidungsschwierigkeit*</i>				
eher leicht	51	42	48	46
eher schwer	33	46	30	28
n = Stimmberechtigte		1005	1005	1005
<i>Entscheidzeitpunkt**</i>				
1 Tag bis 1 Woche vorher	35	25	36	36
2 bis 6 Wochen vorher	30	28	25	23
war von Beginn weg klar	35	47	40	41
n = Teilnehmende		591	556	537
* In der Tabelle nicht ausgewiesen, aber in der Berechnung der Prozentzahlen enthalten, sind die Personen, die mit «weiss nicht» antworten oder keine Antwort geben.				
** Die Kategorien sind regroupiert. Die Befragten konnten Angaben von 1 bis 6 Tagen bzw. 1 bis 6 Wochen machen oder angeben, dass der Entscheid von Beginn weg klar war. Befragte, die mit «weiss nicht» antworten oder keine Antwort geben, sind aus den Berechnung der Prozentzahlen ausgeklammert.				
© IPZ/Gfs: VOX-Datenbank eigene Berechnungen; VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.				

durchschnittlich oft an, der Entscheid sei eher schwer gefallen (vgl. Tabelle 4.2). Entscheidend ist, dass diese Entscheidungsschwierigkeit sowohl mit dem definitiven Zeitpunkt der Entscheidungsfindung, als auch mit der Teilnahme sowie dem faktischen Stimmentscheid in Zusammenhang steht:

- Von den Stimmberechtigten, die sagen, die Entscheidungsfindung sei ihnen eher leicht gefallen, haben 79 Prozent an der Abstimmung teilgenommen. Umgekehrt ist fast die Hälfte (46 Prozent) derjenigen Personen, die Entscheidungsschwierigkeiten bekunden, zu Hause geblieben und nicht an die Urne gegangen.⁷¹
- Von den Personen, denen die Entscheidungsfindung leicht gefallen ist, haben sich überdurchschnittlich viele früh entschieden. 57 Prozent geben an, der Entscheid sei von Beginn weg klar gewesen (bei einem Durchschnitt von 47 Prozent).⁷² Umgekehrt entschieden die Befragten mit Entscheidungsschwierigkeit überdurchschnittlich oft erst in der letzten Woche (37 Prozent bei einem Durchschnitt von 25 Prozent). Insgesamt hat sich aber die Entscheidungsfindung der Personen mit Schwierigkeiten fast gleichmässig auf die drei verschiedenen Zeitpunkte verteilt; so dass sich die Gen-Schutz-Initiative insgesamt keineswegs durch eine besonders späte Entscheidungsfindung auszeichnet.

⁷¹ Übrigens zählen auch diejenigen 11 Prozent, welche auf die Frage der Entscheidungsschwierigkeit gar keine materielle Antwort geben (weiss nicht oder Verweigerung) zu den typischen Nicht-UrnengängerInnen: 88 Prozent von ihnen nahmen nicht teil. Insgesamt ist somit der Zusammenhang zwischen Entscheidungsschwierigkeit und Teilnahme hoch signifikant ($p < 0.000$) und ausgeprägt (Cramer's $V = 0.42$).

⁷² Cramer's $V = 0.27$, $p < 0.000$.

Tabelle 4.3: Einstellung gegenüber Gentechnologie, Entscheidungsfindung und Stimmverhalten (Prozentangaben)

Einstellung Gentechnologie/ Stimmverhalten	Entscheidungsfindung	
	eher leicht	eher schwierig
«Ganz grundsätzlich, befürworten Sie Gentechnologie eher oder lehnen Sie sie eher ab?»		
eher befürworten	63	37
eher dagegen	50	50
n = Stimmende	301	218
	↓	↓
	Stimmverhalten Gen-Schutz-Initiative	Stimmverhalten Gen-Schutz-Initiative
	28 Ja	39 Ja
	69 Nein	55 Nein
	3 leer/k. Angabe	6 leer/k. Angabe
<p>Lesebeispiel: Von den Stimmenden, die angaben, sie seien grundsätzlich eher für Gentechnologie, fanden 37% die Entscheidungsfindung eher schwierig. Bei denen, die eher gegen Gentechnologie sind, waren es 50%. Von all jenen, welchen der Entscheid leicht fiel, haben schliesslich 69% mit Nein gestimmt, 28% mit Ja. Bei den Personen, die eher die Entscheidungsschwierigkeiten hatten, haben 39% mit Ja, 55 mit Nein gestimmt.</p> <p>© IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.</p>		

- Der Entscheid ist vor allem für jene schwierig gewesen, die der Gentechnologie gegenüber kritisch eingestellt sind (vgl. Tabelle 4.3): 50 Prozent der Stimmenden, die grundsätzlich eher gegen Gentechnologie sind, beurteilen die Entscheidungsfindung als eher schwierig. In den Kreisen hingegen, welche die Gentechnologie befürworten, haben 63 Prozent die Entscheidungsfindung eher leicht gefunden. Diese Leichtigkeit der Meinungsbildung wiederum mündet in den meisten Fällen (69 Prozent) in ein Nein zur Initiative. Bei den Personen mit Entscheidungsschwierigkeit ist dieser Zusammenhang dagegen weniger eindeutig. Aber auch hier ist am Schluss der Entscheid mehrheitlich gegen die Initiative ausgefallen (55 Prozent).

Finden die Stimmberechtigten deshalb, dass die öffentliche Diskussion über eine so komplexe Materie wie die Gentechnologie sinnlos und reine Zeitverschwendung ist? Wir haben die Befragten mit einer entsprechenden Aussage konfrontiert. «Die moderne Gentechnologie (Biotechnologie) ist so komplex, dass eine öffentliche Diskussion darüber Zeitverschwendung ist.» Die dazu in Tabelle 4.4 präsentierten Resultate lassen sich unterschiedlich interpretieren.

- In keiner der von unserer Stichprobe erfassten gesellschaftlichen oder politischen Gruppierungen findet sich eine Mehrheit, welche die Meinung teilt, eine öffentliche Diskussion über die Gentechnologie sei Zeitverschwendung. Selbst wer politisch nicht interessiert ist, den Urnenlokalen in der Regel fernbleibt, bei Abstimmungen generell Entscheidungsschwierigkeit bekundet oder in der Abstimmung zur Gen-Schutz-Initiative mit seinem Ja unterlegen ist, widerspricht dieser Aussage mehrheitlich.

Tabelle 4.4: Einverständnis mit dem Zeitverschwendungsargument (Prozentangaben im Zeitvergleich)

<i>«Die moderne Gentechnologie (Biotechnologie) ist so komplex, dass eine öffentliche Diskussion darüber Zeitverschwendung ist.»*</i>	1998 Stimmberechtigte	1997	1998 mat. Antwortende	1997
einverstanden/stimme eher zu	29	19	33	21
nicht einverstanden/stimme eher nicht zu	58	72	67	79
weiss nicht/keine Antwort	13	9		
n = Stimmberechtigte/materiell Antwortende	1005	1033	878	942

Die Veränderung zwischen 1998 und 1997 bei den materiell Antwortenden ist signifikant (Chi-Quadrat 34.53)
 * In der Eurobarometer-Frage war von der Biotechnologie die Rede, in der VOX wurde der Begriff Gentechnologie gewählt. 1997 lauteten die Antwortvorgaben «stimme eher/nicht zu», 1998 war es «einverstanden/nicht einverstanden».
 © Eurobarometer: Schweizer Erhebung 1997; IPZ/GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 7. Juni 1998.

- Immerhin fast ein Drittel (29 Prozent) der Schweizer Stimmberechtigten kann aber dieser Sichtweise etwas abgewinnen. Dazu zählen zum einen Personen, für die die Kosten der Entscheidungsfindung hoch sind: Angehörige der unteren Bildungs- und Einkommenschichten (je 38 Prozent Einverständnis), Nicht-Urnengängerinnen und -urnengänger (39 Prozent). Zum anderen schimmern hier auch politische Werthaltungen durch. Wem die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen der Regierung nicht so wichtig ist und wer zur Anhängerschaft der FDP zählt, stimmt dem Argument mit der Zeitverschwendung überdurchschnittlich oft zu (45 bzw. 40 Prozent).⁷³ Und auch wenn der Vergleich zweier verschiedener Erhebungen nicht überstrapaziert werden sollte, offensichtlich ist die Schweizer Stimmbürgerschaft nach einer lang anhaltenden öffentlichen Debatte vom Sinn und Gewinn dieser Diskussion nicht mehr überzeugt als noch vor einem Jahr. Gegenüber 1997 sind rund 10 Prozent mehr der Ansicht, eine öffentliche Diskussion über die komplexe Gentechnologie sei Zeitverschwendung. Man mag das positiv kehren und als kritisch-besorgte Stellungnahme der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger oder als Sensibilisierung für die Komplexität der Fragestellung deuten, ein Kompliment für die Kampagnen- und Medienakteure wird daraus nicht.

⁷³ Das Vertrauensintervall bei der FDP beträgt ± 10.2 Prozentpunkte. Aufgrund der schiefen Verteilung wurde die Wertskala zur Beteiligung regroupiert; hier werden die Werte für die Skalenpunkte 4–6 angegeben.

5. Methodischer Steckbrief

Die Grundlage für die vorliegende Analyse bildet eine durch das GfS-Forschungsinstitut in den zwei Wochen nach der Abstimmung vom 7. Juni 1998 durchgeführte Befragung. Die Analyse der bereinigten Daten durch das Institut für Politikwissenschaft (IPZ) begann am 3. Juli 1998.

Die Befragung wurde mit der dezentralen telephonischen GfS-Befragungsanlage realisiert. Die Bildung der Stichprobe erfolgte gemäss dem VOX-Standard in einem mehrstufigen, proportional geschichteten Auswahlverfahren in den Sprachregionen. Die Personenauswahl erfolgte aufgrund der «Geburtstagsmethode». Die Ausschöpfungsquote betrug 34.6 Prozent (Basis: Bruttostichprobe, bereinigt um stichprobenneutrale Ausfälle). Ein Interview dauerte durchschnittlich 31 Minuten; die Interviewerinnen und Interviewer realisierten im Durchschnitt 26 Interviews. In der deutschen Schweiz wurden 696, in der französischen Schweiz 255 und in der italienischen Schweiz 54 Interviews durchgeführt.⁷⁴

Die Grösse der Stichprobe ergibt bei einer reinen Zufallsauswahl und einer Verteilung der Prozentwerte von 50 Prozent: 50 Prozent einen Stichprobenfehler (Vertrauensintervall) von ± 3.1 Prozentpunkten. Das heisst, ein Tabellenwert von 50 Prozent liegt für die Gesamtstichprobe mit 95prozentiger Wahrscheinlichkeit zwischen 46.9 und 53.1 Prozent. Gemäss Formel ist das Vertrauensintervall (bei konstanter Irrtumswahrscheinlichkeit von 95 Prozent) von zwei Grössen abhängig – der Antwortverteilung und der Grösse der untersuchten Einheit: Bei 100 Fällen beträgt das Vertrauensintervall für eine Antwortverteilung von 50 Prozent: 50 Prozent 9.8 Prozentpunkte; bei einer Verteilung von 10 Prozent: 90 Prozent jedoch nur 5.8 Prozentpunkte. Entsprechend werden bei Kreuztabellierungen beide Grössen überprüft. Personenkategorien, die weniger als 50 Fälle aufweisen und/oder ein zu grosses Vertrauensintervall (gemessen an der Abweichung vom Durchschnitt) aufweisen, werden in Klammern angegeben. Diese Prozentwerte sollten ihrer Ungenauigkeit halber nur als Tendenz interpretiert werden.

Die Interpretation von unterschiedlichem Abstimmungs- oder Teilnahmeverhalten stützt sich auf signifikante Zusammenhänge, die mit dem Chi-Quadrat-Unabhängigkeitstest ermittelt wurden. Als Zusammenhangsmass wird Cramer's V verwendet. Es nimmt bei vollständiger Übereinstimmung den Wert 1, den Wert 0 im Falle keiner Übereinstimmung an. Gemäss Erfahrung mit den VOX-Daten deuten Werte zwischen 0.1 und 0.2 einen schwachen Zusammenhang an; Werte über 0.5 werden äusserst selten erreicht.

Zur Prüfung von Unterschiedshypothesen bei Zeitvergleichen für unabhängige Stichproben wurde für ordinalskalierte Daten der Kolmogorov-Smirnov Test verwendet. Dieser überprüft, ob zwei unabhängige Stichproben von Grundgesamtheiten mit derselben Verteilung stammen. Der Chi-Quadrat Test beantwortet dieselbe Frage, kann aber auch für nominalskalierte Daten benutzt werden. Er wurde ebenfalls für Vergleiche in der Zeit herangezogen. Für (annähernd) intervallskalierte, nicht normalverteilte Daten wurde der U-Test nach Mann-Whitney eingesetzt.

⁷⁴ Für eine ausführliche Beschreibung der Stichprobe vgl. Longchamp, Claude et al. (1998), Technischer Bericht zur VOX-Analyse Nr. 63 vom 7. Juni 1998, GfS: Bern.

Neben bivariaten, kreuztabellarischen Analysen wurde bei der vorliegenden VOX auch ein multivariates Analyseverfahren eingesetzt. Mit der logistischen Regression wird der Einfluss mehrerer Variablen auf das Stimmverhalten (oder die Stimmbeteiligung) gleichzeitig geschätzt, um Aussagen über den relativen Einfluss von einzelnen Variablen machen zu können. Die Güte des Modells wird anhand von Pseudo-R² und Model-Chi-Square sowie an der Differenz der Pseudo-R²-Werte bei Hinzufügung/Weglassung der erklärenden Variablen überprüft. Die Stärke der Variablen wird mit den (signifikanten) Effektkoeffizienten [exp (bi)] angegeben. Ein Effektkoeffizient grösser 1 bedeutet, dass sich das Wahrscheinlichkeitsverhältnis der abhängigen Variable zugunsten der Ausprägung mit dem Wert 1 ändert, der Effekt und damit auch der Regressionskoeffizient ist dann positiv. Umgekehrt bedeutet ein Effektkoeffizient kleiner 1, dass sich das Wahrscheinlichkeitsverhältnis zu ungunsten der Ausprägung mit dem Wert 1 ändert. In *Abbildung 1* sind zur Erleichterung der Vergleichbarkeit die Kehrwerte der «negativen» Effektkoeffizienten angegeben. Streng genommen sind Effektkoeffizienten untereinander nicht vergleichbar, weil sie von der Skalierung der Variablen abhängig sind. Um trotzdem Aussagen über den Einfluss einer Variablen im Vergleich zu einer anderen machen zu können, wurden deshalb die einzelnen unabhängigen Variablen anhand ihrer Standardabweichung kontrolliert. D.h. es wurden nur Variablen verglichen, welche eine annähernd gleiche Standardabweichung aufweisen.

Für die in der vorliegenden VOX vorgenommenen Zeitvergleiche konnten wir auf die VOX-Datenbank sowie zwei weitere Studien zurückgreifen, die zum Thema Gentechnologie realisiert wurden. Es handelt sich dabei um die Studie im Auftrag der Informationsstelle «Gentechnik und Gesellschaft» an der ETH-Zürich⁷⁵ sowie den international vergleichenden Eurobarometer 1997.⁷⁶ Wir danken den beiden Autoren, Claude Longchamp vom GfS-Forschungsinstitut und Prof. Dr. Heinz Bonfadelli vom Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung, für die Materialien und Daten.

⁷⁵ Longchamp, Claude (1998). Ambivalent, differenziert und pragmatisch. Bericht zu einer Repräsentativ-Befragung zum Verhältnis der SchweizerInnen zu Gentechnik, erstellt im Auftrag der Informationsstelle «Gentechnik und Gesellschaft» an der ETH Zürich, GfS: Bern.

⁷⁶ Wahrnehmung von Biotechnologie und Gentechnik durch die Öffentlichkeit. Eurobarometer: Schweizer Erhebung Mai 1997; Fragebogen.



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

Hauptergebnisse der Abstimmungen vom 7. Juni 1998

Sibylle Hardmeier, Daniel Scheiwiller

Am 7. Juni 1998 hatten die Stimmberechtigten über drei sehr unterschiedliche und umstrittene Vorlagen zu befinden. Der Abstimmungsausgang war aber in allen drei Fällen erstaunlich eindeutig und folgte einem klaren Muster: Deutliche Mehrheiten des Volkes zwischen 66.7 (Gen-Schutz-Initiative) und 75.1 Prozent (S.o.S.-Initiative) sowie sämtliche Stände schlossen sich jeweils geschlossen den Empfehlungen von Bundesrat und Parlament an. Das rot-grüne Lager, angeführt von der Sozialdemokratischen und der Grünen Partei, mit seinen Ja-Parolen zur Gen-Schutz- und zur S.o.S.-Initiative und der Opposition zum Haushaltsziel, erlitt eine empfindliche Niederlage.

Die Gen-Schutz-Initiative

Das eindeutige Nein zur Gen-Schutz-Initiative lässt sich vor allem mit folgenden Stichworten erklären: Hohe Übereinstimmung in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, Zersplitterung und beschränkte Überzeugung bei der Basis der Initiantinnen und Initianten sowie erfolgreiches Themenmanagement auf der gegnerischen Seite:

Insgesamt stimmten die unterschiedlichen *gesellschaftlichen Gruppierungen* in einem klaren Nein zur Initiative überein. Polarisierungen waren vergleichsweise schwach oder blieben – auch dort, wo sie zum Teil erwartet wurden – gänzlich aus: Ja-Mehrheiten wurden in keiner der untersuchten gesellschaftlichen Gruppen erreicht, der Ja-Stimmenanteil der weiblichen Stimmberechtigten lag nur leicht über dem Mittel, und weder die jüngeren Stimmberechtigten noch die Nach-68er-Generation verhielten sich signifikant anders als der Durchschnitt. Auch religiöse oder konfessionelle Einbindungen gingen keineswegs zwingend mit einem Ja zur Initiative einher (vgl. Tabelle 1.3).

Die Gen-Schutz-Initiative polarisierte vor allem entlang *politischer Merkmale*; wobei einer prononciert kritischen Haltung zur Vorlage im bürgerlichen Lager (mit Nein-Anteilen von 77 Prozent und mehr) ein zersplittertes rot-grünes Lager gegenüberstand (vgl. Tabelle 1.2). Die Basis von GPS und SPS folgte den offiziellen Parolen nur beschränkt; die kritische Grenze von 50 Prozent wurde nicht entscheidend überschritten: Im rot-grünen Lager betrug der Ja-Stimmenanteil 50 Prozent; bei der SPS 46 Prozent. Einzig bei den Mitgliedern von Umweltschutzorganisationen wurde die mehrheitsbringende 50-Prozentgrenze knapp überschritten (55 Prozent Ja-Anteil). Bei den Mitgliedern oder potentiellen Mitgliedern von Konsumentenorganisationen hingegen fiel der Ja-Stimmenanteil auf rund 40 Prozent. Das heisst: Innerhalb des

rot-grünen Lagers mobilisierte vor allem die enge Einbindung in die Umwelt- und Naturschutzbewegung zum Ja, während andere organisatorische und ideelle Bindungen nur beschränkt oder sogar überhaupt nicht zur Unterstützung der Initiative beitrugen. Mit einem Nein-Stimmenanteil von 63 Prozent unterschieden sich die Mitglieder von Gewerkschaften nicht mehr signifikant von den anderen Urnengängerinnen und Urnengängern.

Mit der Kampagne der gegnerischen Seite ging ein *Thematisierungswandel* einher, welcher die Umwelt- und Tierschutzfrage irrelevant machte und gleichzeitig mit anderen Grundsatzfragen überlagerte.

- Die umweltpolitischen Werthaltungen waren – trotz allgemein starker Vertretung – nur beschränkt verhaltensrelevant (vgl. *Tabelle 1.8*). Die Unterstützung von Pro-Argumenten ging in vielen Fällen dennoch mit einem Nein einher und wies folglich geringe Verhaltenskonsistenz auf (vgl. *Tabelle 1.7*). Fast die Hälfte der Befragten, die den Einsatz von Gentechnologie bei Tieren eher ablehnen, sagten dennoch Nein zur Initiative (vgl. *Tabelle 1.12*).
- «Die Gentechnologie ermöglicht neue Methoden zur Bekämpfung von Aids, Krebs und anderen Krankheiten». So lautete das schlagkräftigste Pro-Argument, dem 77 Prozent der Stimmberechtigten zustimmten (vgl. *Tabelle 1.7*). Und gerade hier lässt sich der Thematisierungswandel über die Zeit hinweg auch empirisch festhalten: Unmittelbar nach der Abstimmung über den Verfassungsartikel zur Fortpflanzungs- und Gentechnologie im Jahre 1992 hatten erst 57 Prozent dieses Argument unterstützt. Mit der gegnerischen Kampagne nahm die Zustimmung um 20 Prozentpunkte zu.
- In der Wahrnehmung der Stimmberechtigten verankerte sich nicht der Schutz-Gedanke des Pro-Komitees, sondern die Charakterisierung als «Gen-Verbots-Initiative» (vgl. *Tabelle 1.5*). Mit dieser erfolgreichen Umdeutung ging eine Argumentationslogik einher, in der man als Nein-Sager nicht einfach etwas verhinderte, sondern positive Errungenschaften verteidigte. In den von den Nein-Stimmenden aufgeführten Motiven wurden die Grundlagen- und Spitzenforschung, der wirtschaftliche Standortvorteil sowie diverse Anwendungen der Gentechnologie verteidigt (vgl. *Tabelle 1.6*). Damit ging es in der Abstimmung nicht nur um eine Debatte über «Tierversuche versus Humanmedizin»: Auch wer für eine moderne, offene Schweiz eintritt und mehr Wettbewerb auf dem Markt will, hat die Initiative besonders deutlich verworfen (vgl. *Tabelle 1.8*).
- Im Frühjahr 1997, zur allfälligen Beeinflussung durch die Medien befragt, sahen die Stimmberechtigten am ehesten eine Beeinflussung in Richtung der gentechnologie-kritischen Seite. Bis zum Abschluss der vorliegenden Kampagne wendete sich das Blatt: Im Juni 1998 hielten die Stimmberechtigten – wenn überhaupt – eine Beeinflussung zugunsten der gegnerischen Seite am wahrscheinlichsten (vgl. *Tabelle 1.9*). Dennoch gibt es auch Gründe, die These einer starken massenmedialen Wirkung kritisch zu hinterfragen. Denn die Kampagne zum Urnengang vom 7. Juni zeichnete sich gerade nicht durch eine besonders hohe Nutzung der Massenmedien aus, sondern vielmehr derjenigen Medien, die von den professionellen Kampagnenakteuren und Werbeagenturen eingesetzt werden: Überdurchschnittlich und zum Teil einmalig hohe Nutzungswerte waren beim Bundesbüchlein, bei Inseraten, Abstimmungszeitungen und -drucksachen sowie Strassenplakaten und Direct Mails zu verzeichnen (vgl. *Tabelle 1.10*). Damit zeichnet sich auch in der Schweiz eine Tendenz zur vermehrten Präsenz der Kampagnenmedien und zur Verlagerung des politischen Diskurses von einer allgemeinen Öffentlichkeit in den Massenmedien hin zu zielgruppenspezifischen Teilöffentlichkeiten ab.

Das Haushaltsziel 2001

Unter umgekehrten Vorzeichen stimmt das Abstimmungsprofil der Gen-Schutz-Initiative mit demjenigen zum Haushaltsziel überein: Eine starke Polarisierung entlang politischer Merkmale täuscht nicht darüber hinweg, dass die rot-grüne Oppositionsgruppe nicht nur insgesamt zu klein war, sondern auch in sich zu wenig geschlossen. Selbst im rot-grünen Lager sagten Mehrheiten Ja zum Haushaltsziel (61 Prozent bei einem Befragungsdurchschnitt von 76 Prozent). Das bürgerliche Lager stand sehr geschlossen hinter der Vorlage (vgl. Tabelle 2.2). Die zentralen Einwände von SP und Gewerkschaften gegen das Haushaltsziel waren vor allem wirtschafts- und sozialpolitisch motiviert. Die Sparpolitik verschärfe die Krise und sei sozial unverträglich, lautete die Kritik. Der VOX-Argumententest zeigt, dass diese Argumentation nur beschränkt Unterstützung fand (vgl. Tabelle 2.3). Zudem fällt auf, dass weder die Rentnerinnen und Rentner noch die ökonomisch weniger gut gestellten Schichten den Parolen von Sozialdemokraten und Gewerkschaften überdurchschnittlich stark Folge leisteten. Am meisten Unterstützung fand das Argument, die globalen Ausgabenkürzungen des Haushaltsziels würden finanzpolitisch zuviel Spielraum offen lassen und man kaufe damit die Katze im Sack (36 Prozent der Stimmberechtigten).

Das schweizerische Komitee «Ja-zum Haushaltsziel 2001» hatte ein Argumentarium entwickelt, das in bezug auf Zustimmungsraten, Verhaltenskonsistenz und Trennfunktion demjenigen der Gegnerschaft weit überlegen war (vgl. Tabelle 2.3). Insbesondere die Argumente, welche die Leistungsfähigkeit eines Staates mit leeren Kassen in Frage stellten und auf die Problematik der Schuldzinsen verwiesen, fanden breite Unterstützung (84 bzw. 82 Prozent). Bei den Urnengängerinnen und Urnengängern klettert das Einverständnis bis auf 88 Prozent, und selbst bei der rot-grünen Wählerschaft ergeben sich Zustimmungsraten von rund 80 Prozent.

Das eindeutige Ja zum Haushaltsziel 2001 kann dennoch nicht als Plädoyer für einen rigorosen und einseitigen Sparkurs interpretiert werden: Dazu wurde der Leistungsabbau – auch in den hier getesteten Pro-Argumenten – zu wenig thematisiert. Die Vorlage wurde vor allem unter den allgemeinen Stichworten «Sparen und Schulden» wahrgenommen; die am runden Tisch geführte Diskussion über «Ausgabenbremse oder Mehreinnahmen» fand kaum statt. Dort, wo sie aber stattfand, zeichnen sich tendenzielle Veränderungen ab: Im März 1995, nach der Abstimmung über die Ausgabenbremse, konnte die Mehrheit der Befragten (66 Prozent) mit dem Argument «anstatt eine Ausgabenbremse anzulegen, sollte man eher dem Bund mehr Einkünfte verschaffen» nichts anfangen (vgl. Tabelle 2.4). Drei Jahre später ist die Kritik an dieser Aussage nicht mehr so ausgeprägt (50 Prozent). Zudem teilen 36 Prozent der Befragten die Ansicht, mit dem Haushaltsziel 2001 habe man die Katze im Sack gekauft. Vor allem die unteren Einkommenschichten und Romand(e)s teilen diese Einschätzung und werden wohl die Umsetzung des Verfassungsartikels weiterhin besonders kritisch verfolgen.

Die S.o.S.-Initiative

Die S.o.S.-Initiative erlitt das Schicksal einer lange hängigen Initiative, die nicht zurückgezogen wurde. Wenn die Gen-Schutz-Initiative einem Thematisierungswandel durch eine intensive Kampagne unterlag, dann fand bei der S.o.S.-Initiative der Wandel gerade durch Nicht-Thema-

tisierung statt. Der S.o.S.-Initiative wurde eine geringe persönliche und nationale Bedeutung zugeschrieben (vgl. *Tabelle 1.11*); sie lockte keine Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zusätzlich an die Urne (vgl. *Abbildung 1*). Auch mit dem beschränkten Kenntnisstand unter den Stimmberechtigten (vgl. *Tabelle 3.1*) und den diffusen, spontan genannten Motiven der Nein-Stimmenden (vgl. *Tabelle 3.4*) wird bestätigt, dass die Thematik an Virulenz verlor. Bei den inhaltlichen Wahrnehmungen und Motiven wird ersichtlich, dass die Verbindung zur beinahe 10 Jahre zurückliegenden Fichenaffäre in den Hintergrund rückte (vgl. *Tabellen 3.1 und 3.3*). 1998 ist das Thema Staatsschutz nicht mehr eine Frage der Freiheitsrechte, sondern eine Frage der inneren Sicherheit.

Offensichtlich ging mit dem geringen Interesse und der beschränkten Auseinandersetzung eine stärkere Anlehnung der Stimmberechtigten an traditionelle Einbindungen und Werthaltungen und damit die stärkere Befolgung der Parolen einher. Entsprechend ausgeprägt war die politische Polarisierung; das rot-grüne Lager verhielt sich etwas geschlossener als bei den zwei anderen Vorlagen (vgl. *Tabelle 3.2*). Insgesamt wird aber dieses Lager weniger durch die «alte» Kapital/Arbeit-Thematik repräsentiert, sondern durch die Themen der «neuen» Linken wie Armee-, Umweltschutz- oder Gleichberechtigungsfragen.

Stimmbeteiligung und Entscheidungsfindung

Die Stimmbeteiligung vom 7. Juni 1998 war durchschnittlich. Trotz hoher medialer Beachtung hatte die Gen-Schutz-Initiative keinen stärkeren Mobilisierungseffekt als das Haushaltsziel. Die zusätzliche Mobilisierung erfolgte eher indirekt, indem Angehörige der Umweltschutzbewegung überdurchschnittlich zur Teilnahme am Urnengang motiviert waren (vgl. *Abbildung 1*).

Mit dem Haushaltsziel und der Gen-Schutz-Initiative hatten die Stimmberechtigten über zwei anspruchsvolle, komplexe und abstrakte Themen abzustimmen. Dieses Problem der Komplexität wurde vor allem mit zwei typischen Mechanismen reduziert. Zum einen half in beiden Fällen die Orientierung an den Abstimmungsempfehlungen des Bundesrates, zum anderen blieben diejenigen, die Entscheidungsschwierigkeiten hatten, überdurchschnittlich oft der Urne fern (vgl. *Tabellen 4.2 und 4.3*).

Deshalb konnte sich auch eine Mehrheit der Stimmberechtigten (58 Prozent) der Aussage widersetzen «*Die moderne Gentechnologie (...) ist so komplex, dass eine öffentliche Diskussion darüber Zeitverschwendung ist.*» Gegenüber 1997 hat aber die Kritik an dieser Aussage nicht etwa zugenommen (vgl. *Tabelle 4.4*). Offensichtlich ist die Schweizer Stimmbürgerschaft nach einer lang anhaltenden öffentlichen Debatte über die Gentechnologie vom Sinn und Gewinn dieser Diskussion nicht mehr überzeugt als noch vor einem Jahr. Man kann das positiv deuten und als kritische Stellungnahme einer besorgten Aktivbürgerschaft interpretieren oder als realistische Einschätzung zur Komplexität der behandelten Fragestellung verstehen, ein Kompliment für die Kampagnen- und Medienakteure wird daraus aber noch nicht.

Europa-Barometer Schweiz

Seit 1989 realisiert das GfS-Forschungsinstitut unter dem Titel «Europa-Barometer Schweiz» viermal jährlich Befragungen zum europäischen Integrationsprozess. Diese Untersuchungen analysieren Wissen, Einstellungen und Verhaltensweisen der schweizerischen Stimmberechtigten in der Europa-Frage. Das Europa-Barometer Schweiz versteht sich als unabhängiges Forschungsvorhaben und wird von staatlichen Stellen, Verbänden und Firmen der Wirtschaft, Parteien und Medien-Verlagen getragen. An bisherigen Forschungsberichten sind erschienen (Auswahl, Stand: Oktober 1997):

- Claude Longchamp (Projektassistentz: Peter Kraut, Andreas Rickenbacher, Petra Huth): Bewegung in der Beurteilung der bilateralen Verhandlungen der Schweiz mit der EU. Ergebnisse der Europa-Barometer-Befragung vom Oktober 1997. Bern 1997.
- Claude Longchamp (Projektassistentz: Peter Kraut, Andreas Rickenbacher, Petra Huth): Vor der Entscheidung in den bilateralen Verhandlungen mit der EU (=Bericht zur Winterbefragung 1996 des Europa-Barometers Schweiz), Bern 1996.
- Claude Longchamp (Projektassistentz: Peter Kraut und Andreas Rickenbacher) Europafrage im Vorfeld der Wahlen '95. (=Bericht zur Sommerwelle 1995 des Europa-Barometers Schweiz), Bern 1995.
- Europa-Chronik. Im Zeichen der bilateralen Verhandlungen. Zusammenstellung ausgewählter europapolitischer Ereignisse in der Schweiz und im Ausland, 6. Dezember 1994 bis 6. Dezember 1995, Bern 1995, Red.: Andreas Rickenbacher, C. Longchamp, Bern 1995.
- Claude Longchamp: Der lange Weg der aussenpolitischen Öffnung (= Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 23), Bern 1993
- Claude Longchamp, Pascal Sciarini: Zeichen einer Neuausrichtung nach dem Nein zum EWR-Beitritt. Bericht zur Befragung Europa-Barometer Schweiz, Sommerwelle 1993, mit einem Schwerpunkt zum GATT (= Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 22), Bern 1993
- Europa-Chronik. Europapolitische Ereignisse in der Schweiz, April bis Juni 1993, Red.: Andreas Rickenbacher, Claude Longchamp (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 21), Bern 1993
- Europa-Chronik. Europapolitische Ereignisse in der Schweiz, Januar bis März 1993, Red.: Andreas Rickenbacher, Claude Longchamp (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 20), Bern 1993
- Claude Longchamp: Die EWR-Entscheidung – eine Prozessbetrachtung. Hauptergebnisse aus den Europa-Barometer Untersuchungen vor der Abstimmung vom 6. Dezember (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 19), Bern 1993
- Europa-Chronik. Europapolitische Ereignisse in der Schweiz, 23. Nov. bis 31. Dez. 1992, Red.: Andreas Rickenbacher, Claude Longchamp (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 18), Bern 1992
- Europa-Chronik. Europapolitische Ereignisse in der Schweiz, 28. Okt. bis 22. Nov. 1992, Red. Andreas Rickenbacher, Claude Longchamp (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 16), Bern 1992
- Claude Longchamp: Die Schweiz und Europa – ein ziemlich normaler Sonderfall. Hauptergebnisse der Herbstbefragung 1992 (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 15), Bern 1992
- Europa-Chronik. Europapolitische Ereignisse in der Schweiz, 11. Sept. bis 27. Okt. 1992, Red.: Andreas Rickenbacher, Claude Longchamp (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 14), Bern 1992
- C'est oui! Premières analyses du référendum sur l'Union politique en France du 20 septembre 1992, rédigé par Claude Longchamp (=Arbeitsberichte aus dem Projekt Europa-Barometer Schweiz, Nr. 13), Bern 1992

Abonnementsbedingungen können bestellt werden beim GfS-Forschungsinstitut, Büro Bern, Hirschengraben 5, Postfach 6323, 3001 Bern, Telefon 031 311 08 06, Fax 031 311 08 19.

Produkte- und Publikationsliste der Abteilung «Politik und Staat» des GfS-Forschungsinstitutes

VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge

Herausgegeben vom GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich:

Die VOX-Analysen werden im Abonnement 3 bis 4 Mal jährlich in Form einer gedruckten Broschüre verschickt (rund 4 Monate nach der Abstimmung). Eine spezielle Dienstleistung stellt der VOX-Vorversand dar; eine Vorabversion wird rund 2 Monate nach der Abstimmung in kopierter Form an interessierte Kreise verschickt (die gedruckte Broschüre wird selbstverständlich nachgeliefert).

Konditionen:

Jahresabo (3-4 Nrn.)	SFr.	78.-
Jahresabo Medien-Vorversand	SFr.	155.-
Gesamtausgabe seit 1977	SFr.	575.-

Europa-Barometer Schweiz:

Seit 1989 prüft das GfS-Forschungsinstitut vierteljährlich, wie sich die Schweizerinnen und Schweizer zum europäischen Integrationsprozess stellen. Eingang in diese Forschung finden auch komplexe Fragestellungen, beispielsweise inwiefern die wirtschaftliche Entwicklung oder die Medienberichterstattung Einfluss auf die Meinungsbildung nehmen. Das «Europa-Barometer Schweiz» ist ausschliesslich im Abonnement erhältlich; darin enthalten ist vierteljährlich ein kompletter Tabellenband, eine ausführliche Berichterstattung und die «Europa-Chronik» (Zusammenstellung integrationsrelevanter Ereignisse) auf exklusiver Basis.

Konditionen:

Abo «Europa-Barometer Schweiz»	Sfr.	7000.- pro Jahr
Jahres-Zusammenfassung der Europachronik (inkl. Versand)	SFr.	25.-
(im Abo enthalten)		

Sonderdruck des SKA-bulletins: «Sorgen-Barometer Schweiz» (1/96)

In Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Kreditanstalt entwickelte das GfS-Forschungsinstitut 1995 den «Sorgen-Barometer Schweiz». In regelmässigen Abständen werden die politikrelevanten Sorgen und Ängste der schweizerischen Bevölkerung erhoben und analysiert. Demnächst werden die Befunde in einem Artikel der Zeitschrift «Die Volkswirtschaft» publiziert.

Konditionen:

Versand Sonderdruck	Versandkosten
---------------------	---------------

Sonderdruck «inside» (TA-Media AG): «Jugend und politische Forderungen» (11/95)

Im Mai 1995 publizierte das «inside» in einem Sonderdruck eine Studie des GfS-Forschungsinstitutes, in welcher die politischen Interessen und Forderungen schweizerischer Jugendlicher systematisch analysiert wurden.

Konditionen:

Versand Sonderdruck

Versandkosten

«25 Jahre Frauen als StimmbürgerInnen: Wie haben sie entschieden?» (2/96)

Zum Anlass des 25. Jahrestages der Einführung des Frauenstimmrechtes in der Schweiz analysierte das GfS-Forschungsinstitut das spezifische Stimmverhalten der Frauen (Sekundäranalyse der VOX-Analysen). Die Befunde werden in einem fünfseitigen Arbeitspapier zusammengefasst.

Konditionen:

Versand Broschüre
(deutsch, französisch)

Kopier- und
Versandkosten

Artikel: «Instant-Democracy Schweiz? Überlegungen zu Entwicklungen der politischen Öffentlichkeit in der Informationsgesellschaft» (1/96)

Diese überarbeitete Fassung eines Referates von Claude Longchamp, Co-Leiter des GfS-Forschungsinstitutes, analysiert die Rolle der Medien im politischen am Beispiel der Nationalratswahlen 1995. Die Befunde gründen dabei einerseits auf der SRG-Wahlnachbefragung '95 und auf die permante GfS-Medienanalyse, welche die Inhalte wichtiger Printmedien in der Schweiz analysiert.

Andererseits werden die Umfrageergebnisse des Instituts vor den Wahlen verwendet.

Konditionen:

Versand Broschüre (26 Seiten)

SFr. 20.–

Kontakt Abteilung «Politik und Staat»:

Claude Longchamp

Tel: 031 311 08 06; Fax: 031 311 08 19

Petra Huth, Projektleiterin

Tel: 031 311 08 06; Fax: 031 311 08 19

Buchveröffentlichung August 1998

Pragmatismus statt Polarisierung. Die schweizerische Drogenpolitik im Spiegel des «Drogenmonitors»

Hgg. von C. Longchamp, F. Cattacin, D. Wisler, P. Lehmann

Inhalte

In Kapitel 1 dieses Buches von Philippe Lehmann wird vorerst die Entstehungsgeschichte der «4 Säulen»-Politik dargestellt. Daraus gehen insbesondere die grossen Anstrengungen hervor, welche zur Konsensfindung auf allen Ebenen unternommen wurden.

Kapitel 2 von Claude Longchamp befasst sich mit dem grundsätzlichen Problem des sozialwissenschaftlichen Monitorings, verstanden als «die Beobachtung eines bestimmten Themas oder eines klar abgegrenzten Sachverhaltes in der zeitlichen Entwicklung».

Das Kapitel 3 vom Genfer Autorenteam um Sandro Cattacin beschäftigt sich ausführlich mit den Befragungsergebnissen der Jahre 1991, 1994 sowie 1997. Es wird festgehalten, dass in dieser Zeitperiode zwei zentrale Tendenzen zu vermerken sind. Einesteils stellt man eine Vergesellschaftung der Drogenthematik in dem Sinne fest, dass diese heute aus unserer Risikogesellschaft nicht wegzudenken ist, andererseits findet offensichtlich eine individualisierte Zuschreibung der Verantwortlichkeit bei vorhandener Drogenabhängigkeit statt.

Kapitel 4 von Claude Longchamp und Petra Huth geht der Frage nach, wie Abstimmungsentscheidungen im voraus untersucht werden können. Am Beispiel der Abstimmung über «Jugend ohne Drogen» zeigen sie auf, welche diesbezüglichen Informationen der Landesregierung zur Verfügung standen.

Kapitel 5 und 6 gehen dann speziellen Fragen der Analyse der Ergebnisse zu «Jugend ohne Drogen» nach. Diese beiden Kapitel von Madelaine Schneider und Dominique Wisler basieren auf der vom Bundesamt für Statistik (BFS) herausgegebenen Abstimmungsanalyse resp. auf der VOX-Analyse.

In der Synthese stellt Felix Gutzwiller den Hintergrund der aktuellen Drogenpolitik im historischen Kontext dar und hält dabei fest, dass in der Schweiz eine hohe Suchtbereitschaft besteht, wodurch er gleichzeitig den Hintergrund für das Buch aufzeigt. Er stellt zusammengefasst die drogenpolitischen Positionen dar, kommentiert die Ergebnisse der 6 Kapitel und ordnet diese in die aktuelle politische Debatte (z.B. zur DROLEG Initiative bzw. zur Betäubungsmittelgesetzrevision) ein.

AutorInnen

Bergman, Manfred Max, Laboratoire de recherches sociales et politiques appliquées, Universität Genf.

Cattacin, Sandro, Laboratoire de recherches sociales et politiques appliquées, Universität Genf.

Gutzwiller, Felix, Institut für Sozial- und Präventivmedizin, Universität Zürich.

Huth, Petra, GfS-Forschungsinstitut, Abteilung «Politik und Staat», Bern.

Lehmann, Philippe, Bundesamt für Gesundheit, Sektion «Drogenintervention», Bern.

Longchamp, Claude, GfS-Forschungsinstitut, Abteilung «Politik und Staat», Bern.

Lucas, Barbara, Département de science politique, Universität Genf.

Marquis, Lionel, Département de science politique, Universität Genf.

Schneider Madelaine, Bundesamt für Statistik, Sektion «Wahlen und Abstimmungen».

Wernli, Boris, Universität Genf und Universität der italienischen Schweiz (Lugano).

Wisler, Dominique, Département de science politique, Universität Genf.

Bestellung bei:

Verlag der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheitspolitik – SGGP
Haldenweg 10
3074 Muri
FAX. 031/952 68 00
Preis: sFr. 36.–